

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

5. Sitzung vom 31. Mai 2011

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	Abg Georg Niedermühlbichler	S. 15
		Abg Dr Matthias Tschirf	S. 16
2. Fragestunde		Abg David Ellensohn	S. 17
1. Anfrage		Abg Johann Herzog	S. 18
(FSP – 02194-2011/0001-KVP/LM)	S. 3	Abg Barbara Novak	S. 19
2. Anfrage			
(FSP – 02192-2011/0001-KFP/LM)	S. 5	5. Mitteilung des Einlaufs	S. 20
3. Anfrage			
(FSP – 02191-2011/0001-KSP/LM)	S. 8		
4. Anfrage		6. LG-03586-2009/0001; P 1: Vorlage eines	
(FSP – 02193-2011/0001-KVP/LM)	S. 10	Gesetzes, mit dem das Wiener Kranken-	
		anstaltengesetz und das Gesetz über die	
3. Ordnungsruf an Abg Mag Wolfgang Jung	S. 4	Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patien-	
		tenanwaltschaft geändert werden	
		(Beilage Nr 4/2011)	
4. AST/02299-2011/0002-KFP/AL: Aktuelle		Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja	
Stunde zum Thema "Endlich Transparenz		Wehsely	S. 20
bei der Werbeflut des roten Wiens		Redner:	
Rednerinnen bzw Redner:		Abg Kurt Wagner	S. 20
Abg Mag Dietbert Kowarik	S. 12	Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja	
Abg Christine Marek	S. 14	Wehsely	S. 21
Abg Birgit Hebein	S. 15	Abstimmung	S. 21

(Beginn um 9 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Die 5. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Ich möchte die Gelegenheit nützen, um allen Kolleginnen und Kollegen und MitarbeiterInnen des Hauses, die sich aus Anlass des heutigen Weltnichtrauchertages entschlossen haben, die Nikotinsucht zu bekämpfen oder einzuschränken, alles Gute und viel Erfolg zu wünschen! (Allgemeiner Beifall.)

Entschuldigt sind die Abgen Nepp, Dr Kappel und Dr Mayer, der sich auf Kur befindet. (Abg Mag Wolfgang Jung: Dr Kappel ist da!) Dann freut es mich doppelt, dass Sie trotzdem gekommen sind und nicht beruflich verhindert sind!

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 02194-2011/0001 - KVP/LM) wurde von Herrn Abg Mag Alexander Neuhuber gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. [Den Medien konnte man entnehmen, dass das Ausführungsgesetz (unter anderem hinsichtlich Spielerschutzstandards) zum Bundes-Glücksspielgesetz auf Wiener Landesebene betreffend das kleine Glücksspiel bereits in der Vorbereitung ist. Zuletzt äußerten aber maßgebliche Politiker der Wiener Regierungskoalition Bedenken. Wie sieht die Zukunft betreffend die Glücksspielpolitik der Stadt Wien in Hinblick auf die anstehenden legislatischen Vorarbeiten konkret aus?]

Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Wie Sie wissen, ist seit Mitte des vergangenen Jahres ein Bundesgesetz beziehungsweise die Novelle zum Glücksspielgesetz in Kraft. Dieses Bundesgesetz gibt das Regulativ vor, räumt aber auch eine Reihe von Möglichkeiten ein. Wir haben uns im Landesgesetz darauf einzustellen, und ich gehe davon aus, dass doch im Laufe dieses Jahres ein entsprechendes Landesgesetz vorgelegt wird.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Neuhuber. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

Jetzt war ich fast überrascht von der Kürze der Antwort. Ich glaube, es ist Ihnen nicht entgangen, dass letzten Samstag ein Landesparteitag der SPÖ-Wien stattgefunden hat. Sie haben dort natürlich eine tragende Rolle gespielt.

Das ist normalerweise keine Veranstaltung, mit der wir uns so besonders beschäftigen, aber diesmal hat es auch eine Relevanz für uns hier in diesem Haus gehabt. Wie Sie wissen, wurde dort ein Antrag eingebracht, der auf ein völliges Verbot des Kleinen Glücksspiels abzielt. Dieser wurde mit – da gibt es jetzt unterschiedliche Aussagen, wie man heute im „Standard“ lesen kann – 80 Prozent oder 8 Stimmen Mehrheit angenommen; wie auch immer, das geht uns ja nichts an.

Jedenfalls hat das eine Relevanz für die Politik in

diesem Haus, weil es eine Abkehr vom bisherigen Kurs der SPÖ-Stadtregerung war, die aus einerseits nachvollziehbaren sachlichen Gründen, andererseits aus pekuniären Gründen durchaus für ein limitiertes Kleines Glücksspiel in Wien eingetreten ist.

Sie sind jetzt in der nicht beneidenswerten Situation, dass da zwei Seelen in Ihrer Brust wohnen. Für uns ist es natürlich schon interessant zu wissen, ob sich da der Genosse Michael oder der Herr Lhptm Häupl durchsetzen wird – sprich, Wie werden Sie denn mit dem jetzt umgehen? Wer ist da stärker: Ich oder ich? Wird der Herr SPÖ-Chef oder der Herr Landeshauptmann die Oberhand gewinnen? Wie soll es denn aus Ihrer Sicht mit dem Kleinen Glücksspiel – so meine Frage – in Wien weitergehen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Normalerweise sind ja Beschlüsse des SPÖ-Landesparteitages nicht im Landtag berichtspflichtig, wie wir wissen, aber ich mache natürlich gerne eine Ausnahme. Das ist überhaupt gar keine Frage.

Es mag sein, dass manches nunmehr diplomatisches Geschick erfordert, aber nicht in der Form, wie Sie es jetzt dargestellt haben, sondern es geht eher darum, die verschiedenen Wünsche, die gesetzt wurden, auf einen Nenner zu bringen. Auf der einen Seite ist man ja nicht nur seit dem Landesparteitag der SPÖ in Wien, sondern auch schon früher mit der Forderung konfrontiert, ein Verbot des Kleinen Glücksspiels durchzuführen. Auf der anderen Seite wird auch verlangt, dass die Jugendschutzbestimmungen eingehalten werden sollen, dass der Magistrat kontrollieren soll und ähnliche Dinge.

Ich werde versuchen, diese verschiedenen Aspekte, die es dabei gibt, auf einen Nenner zu bringen und kann daher nur wiederholen: Noch in diesem Jahr wird zur Diskussion ein entsprechendes Wiener Landesgesetz vorgelegt werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ellensohn. Ich bitte darum.

Abg David **Ellensohn** (Grüner Klub im Rathaus): Guten Morgen, Herr Bürgermeister!

Wir haben ja im Rahmen des neuen Bundesgesetzes, das im vergangenen Jahr ohne die Stimmen der GRÜNEN auf Bundesebene beschlossen wurde, ohnehin eine komplett neue Situation, die im Wesentlichen darauf hinausläuft: Wenn wir die Novomatic und andere Geräte, die ähnlich gelagert sind, ersetzen, dann kommen stattdessen die Casinogeräte, die sogenannten VLTs, die Video Lotterie Terminals. Da hat der Gesetzgeber auf Landesebene sehr wenig Einfluss, weder auf die Menge noch auf die Art und Weise, wie das organisiert wird.

Wir haben das Bundesgesetz auch immer sehr flott „Lex Novomatic“ genannt, aber man könnte es genauso gut eine „Lex Casino“ nennen. Es ist der gesamte Glücksspielsektor zwischen Casinos und im Wesentlichen dem großen Automatenanbieter Novomatic aufgeteilt worden.

Es gibt einen Haufen Probleme. Die GRÜNEN haben

eine ganz klare Position zum Glücksspiel bis jetzt gehabt und haben sie auch immer noch. Wir glauben nicht, dass diese Geräte zum Segen der Menschheit beitragen. Was uns natürlich auch nicht hilft, ist, wenn statt Novomatic Casinos drübersteht und das Gleiche passiert.

Das Wichtigste sind auf die Schnelle, so finde ich, zum Beispiel, diese Kojen, diese Zweierkabinen, die mir aus sicherheitspolitischer Sicht nicht gefallen, die die subjektive Sicherheit auch nicht stärken, diese kleine Menge an Lokalen, bei der Jugendschutz unmöglich ist. Es sitzt ja auch keiner drinnen. Wer soll das kontrollieren, wer da aus- und eingeht? Teure Geräte, Handlesegeräte oder andere sind ja dort für zwei Automaten nicht denkbar.

Glauben Sie, dass wir in der Lage sein werden, diese Zweierkojen und diese Verglasungen und diese Straßenzüge der Hernalser Hauptstraße und andere einem schöneren Bild zuzuführen, nämlich dass wenigstens diese alle in der Stadt verschwinden?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Wenn man diese Frage tatsächlich ernsthaft diskutiert, dann sind schon Rahmenbedingungen betroffen, die eine Lösung nicht leicht machen. Wäre es leicht, dann hätten wir es ja schon längst gelöst.

Die Rahmenbedingungen, die das Bundesgesetz vorgibt, sind dergestalt, dass eigentlich Verlagerungen a priori der Denkansatz sind. Das heißt, was wir verbieten können, können wir tatsächlich auch nach diesem Bundesgesetz verbieten. Es werden dafür, wie richtig hingewiesen wurde, andere Automaten mit einem anderen Pickerl versehen. Es wird für uns völlig unkontrollierbar, weil man sich dieser Mühe im Bundesgesetz nicht unterzogen hat. Es wird sehr viel im Internet verschwinden.

Das kann man auch nach dem Motto abhandeln: Aus den Augen, aus dem Sinn. Das geht uns ja nichts an, was einer im Internet macht! Soll er sich dort seine Probleme mit seinen Finanzen und seiner Spielsucht entsprechend einheimsen! – Jugendschutz gibt es natürlich im Internet auch nicht. Man hat da aus meiner Sicht gesehen in der Diskussion relativ viel außen vor gelassen, mit dem wir uns auch beschäftigen müssen.

Noch einmal – deswegen habe ich eingangs auch darauf hingewiesen: Das Bundesgesetz gibt den Rahmen dazu vor, wie wir nun vor dem Hintergrund eines weitgehenden Verbots all die Probleme des Jugendschutzes, des Süchtigen schutzes – sagen wir es einmal so, denn über eine Süchtigenberatung und diese Dinge herrscht ja völliges Einvernehmen – in der Tat lösen. Was mir vor allem schon seit geraumster Zeit ein Anliegen ist, ist das Wegkriegen dieser kleinen Kabinen, dieser Einzelkojen, unabhängig davon, dass es technisch im Prinzip möglich wäre, einen Zugang zu machen, so wie man das bei Zigarettenautomaten auch gemacht hat. Im Glücksspielgeschäft wäre das wahrscheinlich noch leichter finanzierbar, als das bei den Zigarettenautomaten der Fall gewesen ist. Unabhängig davon wollen wir diese auch weghaben. So gesehen werden wir da noch einiges zu arbeiten haben, aber wenn wir wissen, was

wir wollen, dann werden wir das andere auch hinkriegen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Jung. Ich bitte darum.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Bürgermeister!

Das Interessante am Koalitionspartner ist, zu hören, dass die GRÜNEN – so hat er wörtlich gesagt – die Kämpfer gegen das Glücksspiel sind. Ja, der Kollege Ellensohn! Ich habe da aber vor mir den „Falter“ – ich bin ein eifriger „Falter“-Leser. Da wird als Dolm der Woche Gottfried Hirz genannt, der in Oberösterreich ankündigt, dass die Automaten aufgestellt werden. Das ist bekanntlich ein GRÜNER in Oberösterreich. Also, ganz so ist es nicht.

Nun zur Linie der SPÖ: Wenn wir wissen, was wir wollen – so haben Sie gerade gesagt, Herr Bürgermeister! Ich weiß nicht, ob Sie es jetzt schon wissen. Ich habe den Verdacht, dass Sie wissen, was Sie wollen. Das Einschränken der kleinen Kabinen bringt nur die Kumulierung bei der Novomatic. Da war schon StRin Laska eine ganz große Verfechterin in der Richtung. Und heute lese ich, auch Frau StRin Sima, die anscheinend die Nachfolge als „Automatenkönigin“ antreten will, sagt: So geht es nicht! (*Abg Christian Deutsch: Völlig daneben!*)

Ich habe den dumpfen Verdacht, wenn ich mir das jetzt so anhöre – Sie sind ja sonst nicht so ausführlich bei Ihren Antworten, jetzt reden Sie herum –, dass in Wirklichkeit nicht viel bis nichts geschehen wird. Ich hoffe nur, dass dieser mutige junge Mann, der sich am SPÖ-Parteitag wirklich rausgetraut hat, sich noch einigermaßen durchsetzen wird, denn dieses Kleine Glücksspiel ist ein Übel für zehntausende Menschen. (*Zwischenruf von Abg Dipl-Ing Rudi Schicker.*)

Ja, verteidigen Sie es nur! Es ist ein Übel für zehntausende Glücksspielsüchtige in dieser Stadt. (*Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist eine Fragestunde!*)

Herr Bürgermeister, meine Frage: Sind Sie jetzt für den Antrag Ihres Parteitages? Wollen Sie jetzt das Kleine Glücksspiel ... (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Darf ich jetzt einmal ausreden? Sind Sie dafür, das Kleine Glücksspiel zu verbieten? Da sieht man, wie es Sie aufregt, weil Sie selbst die Zwiespältigkeit kennen und weil Sie die Vertreter des ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Herr Abg Mag Jung, Ihre Frage bitte!

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Herr Vorsitzender! Es wäre auch gut, wenn Sie mir ein bisschen die Ruhe für diese Frage verschaffen würden!

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Sie müssen aber nicht auf den Zwischenruf eingehen.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Sind Sie dafür, das Kleine Glücksspiel abzuschaffen oder nicht?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Abg Mag Jung, für den Ausdruck „Automatenkönigin“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Ich werde es mein Leben lang nicht verstehen, Herr Abgeordneter, warum Sie ganz einfache Fragen nicht ganz ruhig stellen können, sondern immer jemanden beleidigen müssen. Ich ver-

stehe es nicht! Aber sei es darum. Wir haben uns in der Zwischenzeit ohnehin schon daran gewöhnt. So gesehen, nehmen wir es mit Gelassenheit.

Es ist eine relativ einfache Sache. Noch einmal: SPÖ-Beschlüsse und Parteitagsreden sind mit Sicherheit hier nicht berichtspflichtig und nicht Gegenstand der Abhandlungen. Aber ich darf Ihnen versichern, dass ich als Parteivorsitzender der Wiener Sozialdemokratie mich an Beschlüsse, die der Parteitag gefasst hat, auch halte. Das steht außer jedem Zweifel.

Nur noch einmal: Ich habe es versucht, es vorhin leicht humoresk darzustellen. Es wird da unsere Aufgabe auch noch sein, gewisse Widersprüchlichkeiten auszuräumen. Es hat trotzdem – das ist gar keine Frage – die Hoheit eines Parteitages recht, wie auch die Hoheit des Gemeinderates recht hat, per definitionem recht hat.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Neuhuber. Ich bitte darum.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Landeshauptmann!

Jetzt wissen wir ein bisschen etwas über die Kampfsituation der beiden Seelen in Ihrer Brust. Das haben Sie ja gerade sehr deutlich gemacht. Ich möchte gar nicht auf die Zukunft eingehen. Sie haben gesagt, es wird erst im Laufe des Jahres den Gesetzentwurf geben.

Bleiben wir doch bei der bestehenden Situation! Da hat es vor Kurzem eine interessante Studie aus Hamburg gegeben, die sich unter anderem auch mit dem Aspekt des Spielapparatebeirates, der ja in Wien eingerichtet wurde, um Automaten zu kontrollieren, befasst.

In dieser Studie wurde genau diesem Spielapparatebeirat ein besonders schlechtes Zeugnis ausgestellt. Es gibt so gut wie keine Apparate, die in Wien jemals verboten wurden. Man übernimmt von Niederösterreich alles, was dort kommt, automatisch et cetera. Sie werden den Bericht wahrscheinlich kennen.

Jetzt frage ich Sie – und das ist jetzt bestehende Situation: Wie kann es sein, dass dieses Instrument des Spielapparats ein derart zahnloses ist und seiner Aufgabe nicht nachgeht?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Sie wissen die Wahrheit genauso gut wie ich. Das hängt ein bisschen mit der Besetzung zusammen. Ich hätte jetzt verstanden, wenn ein Freiheitlicher diese Frage stellt, aber dass das jemand vom Wirtschaftsbund der ÖVP ist, der diese Frage stellt, halte ich für etwas komisch. Jedenfalls, wir beide wissen, wie die Zusammensetzung dieses Beirates zustande kommt. Wenn man Betroffene über sich selbst entscheiden lässt, ist es im Regelfall so, wie wir wiederholt – das ist ja weder neu noch originell – hier diskutiert haben, dass es eine unbefriedigende Situation ist, was die Leistungen dieses Beirates betrifft. Es ist ja auch vorgesehen – aus den bisherigen Diskussionen heraus –, dass dieser Beirat entsprechend verändert wird.

Ich möchte Ihnen schon sagen: Da haben wir alle miteinander eine eigene Nase, an der wir uns nehmen können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke.

Damit kommen wir zur 2. Anfrage (FSP – 02192 – 2011/0001 – KFP/LM), die von Herrn Abg Dr Wansch gestellt wird und an den Herrn Landeshauptmann gerichtet ist. *[Bund und Länder haben sich auf einen neuen „Stabilitätspakt“ bis 2014 geeinigt. Künftig soll es einen „blauen Brief“ vom Rechnungshof und sogar Strafzahlungen bis zu einer Höhe von 15% des überzogenen Wertes für jene Bundesländer geben, die das erlaubte Budget-Defizit überschreiten. Erlaubt sind heuer 0,75% (des BIP) Länderdefizit, das bis 2014 auf 0,5% sinkt. Welche weiteren Eckpunkte beinhaltet diese Einigung zwischen Bund und Ländern?]*

Bitte, Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Der neue Stabilitätspakt ist ein gelungenes Beispiel für das Funktionieren unseres kooperativen Bundesstaats, also für das verantwortungsvolle Zusammenwirken aller Gebietskörperschaftsebenen. Es ist aber auch ein gelungenes Beispiel für die wirtschaftliche Kompetenz des Bundes, der Länder und der Gemeinden bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und unterstreicht damit die stabilisierende Rolle Österreichs in der Währungsunion.

Bevor ich auf die weiteren Eckpunkte der Einigung eingehe, muss ich die Anfrage in folgenden Punkten richtigstellen: Der erwähnte „blaue Brief“ des Rechnungshofes ist nicht vorgesehen. Richtig ist, dass nunmehr, wenn eine Überschreitung vorliegt, neben der Statistik Austria auch der Rechnungshof ein Gutachten zu erstellen hat. Dies entspricht nicht nur dem Vier-Augen-Prinzip, sondern es wird damit der betroffenen Gebietskörperschaft im Gegensatz zur Statistik Austria auch Gelegenheit gegeben, zu den getroffenen Feststellungen eine Stellungnahme abzugeben, was bisher bei den ausschließlich von der Statistik Austria erstellten Gutachten nur eingeschränkt bis gar nicht möglich war.

Ein Sanktionsbeitrag in der Höhe von 15 Prozent der unstatthafter Überschreitung ist keine neue Erfindung, sondern vielmehr ständiger Vertragsinhalt bereits seit dem ersten Stabilitätspakt im Jahre 2001. In den bisherigen Stabilitätspakten war zusätzlich zu den erwähnten 15 Prozent ein weiterer Sanktionsbeitrag in der Höhe von 8 Prozent des jeweils vereinbarten Stabilitätsbeitrages zu leisten.

Es handelt sich hier nicht nur um eine Einigung zwischen Bund und Ländern, Vertragspartner des Stabilitätspaktes sind auch die Gemeinden, die mit ihrer Verpflichtung zur Erbringung von ausgeglichenen Haushaltsergebnissen regelmäßig einen wesentlichen Beitrag leisten.

Zur Frage betreffend die weiteren Eckpunkte der Vereinbarung: Wesentlich ist die Verknüpfung des neuen Stabilitätspaktes mit der Verlängerung des Finanzausgleichs um ein Jahr, also bis 2014, und die Einrichtung eines Pflegefonds. Damit werden die finanzielle Stabilität und Planbarkeit über den gesamten Konsolidierungszeitraum sichergestellt und die Finanzierbarkeit der wachsenden Aufgaben im Pflegebereich für die Gemeinden

gewährleistet.

Weiters sieht die Einigung eine verstärkte Kooperation und Koordination der Gebietskörperschaften vor. Dies vor allem in Form von vertieften wechselseitigen Informationsflüssen und der nunmehr jährlich zwingend vorgesehenen politischen Abstimmung in einem Koordinationskomitee.

Neu gegenüber den bisherigen Stabilitätspakten ist die Einführung von Haftungsobergrenzen. Dies war notwendig, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass das Schlagendwerden eingegangener Haftungen zu erheblichen Turbulenzen und Krisen führen kann.

Künftig werden daher der Gesamtbetrag der Haftungen zur Einnahmensituation der Gebietskörperschaften in Relation gesetzt und das Eingehen neuer Haftungen reglementiert. Angesichts der in Wien bestehenden Haftungen und der schon jetzt bestehenden Zuständigkeit des Gemeinderates bei Eingehen neuer Haftungen ist damit lediglich der Status quo Wiens abgebildet.

In den übrigen Bestimmungen stellt der neue Stabilitätspakt lediglich eine Fortschreibung der bewährten Regelungen des bisherigen Stabilitätspaktes dar, wie etwa bei den Transparenzregeln.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke für die Beantwortung. – Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Wansch gestellt.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Landeshauptmann! Guten Morgen!

Ich bin Ihnen dankbar für die Darstellung des Stabilitätspaktes der einzelnen Punkte und der Intention, die dahinter steht. Jetzt gestehe ich Ihnen zu, dass Sie in einer schwierigen Situation in den Verhandlungen waren und wahrscheinlich heute auch noch sind. Sie befinden sich in einer Situation, in der die Kassen der Stadt Wien nach teuren Wahlkämpfen leer sind. Die Schulden sind explodiert. In dieser Situation beginnen die Zinsen wieder zu steigen. Die Fremdwährungsspekulation der Stadt Wien – der Frau StRin Mag Brauner – beginnt auch schlagend zu werden. Es wurde unterlassen, wie der Rechnungshof gerügt hat, entsprechende Absicherungen vorzunehmen. Schlussendlich kostet Sie Ihr Koalitionspartner, wenn man es „Partner“ nennt – wie immer man es dann nennen will –, hunderte Millionen Euro für Autofahrerjagden, für Selbstdarstellungen, für Magistratsabteilungen.

In dieser Situation müssen Sie Sanktionen vereinbaren, Sanktionen, die zum gegebenen Zeitpunkt ziemlich sicher schlagend werden können oder sie drohen, schlagend zu werden.

Deshalb die Frage: Mit welchen Maßnahmen haben Sie vorgesorgt dafür oder welche Maßnahmen planen Sie, um die Sanktionszahlungen zahlen zu können oder zumindest zu bedecken?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, keine! Ich habe selten in so kompakter Zusammenfassung so viele Behauptungen krasser Unwahrheit gehört.

Ich will überhaupt nicht eingehen darauf, dass es

selbstverständlich keine Währungsspekulationen seitens der Stadt Wien gegeben hat. Die Aufnahme von Fremdwährungen ist ja selbstverständlich etwas, was wir sehr gut gemacht haben. Es hängt ja insbesondere auch von den Verträgen ab. Bei Fremdwährungskrediten – das weiß jeder Häuselbauer, wenn ich mir anschau, wie viele Fremdwährungskredite es in Österreich gibt – hängt es davon ab, wer letztendlich die Verantwortung dafür übernimmt, wenn es Schwierigkeiten gibt. Da die meisten der Kredite in Schweizer Franken sind, gibt es keine Spekulationen, die die Stadt Wien angestellt hätte. Daher sehe ich es auch nicht als Notwendigkeit an, dass man da Vorsorge treffen müsste.

Ich möchte Sie auf noch etwas hinweisen: Die Schulden sind explodiert. Wien hat ungebrochenerweise den niedrigsten Schuldenstand aller Bundesländer und den niedrigsten Pro-Kopf-Schuldenstand aller Bundesländer. Wenn wir von verschiedenen Ländern Ergebnisse hören, dann sind das meistens die Länderergebnisse, zu denen nicht die Gemeindeergebnisse dazugezählt werden. Wenn wir uns den Rechnungshofbericht über den Schuldenstand der Gemeinden ein bisschen vor Augen führen, dann sehen wir, dass es möglicherweise kein Zufall ist, dass unter den zehn meistverschuldetsten Gemeinden Österreichs neun aus Niederösterreich sind.

Ich denke, wir sollten alle schön brav bei der Wahrheit bleiben, dann können wir uns auch in den Diskussionen mit Sicherheit sehr viel besser verständigen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Aichinger.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Landeshauptmann!

Vorige Woche war Städtetag in St Pölten. In dem Arbeitskreis Finanzausgleich sind einige Themen sehr heftig diskutiert worden. Das war unter anderem der aufgabenorientierte Finanzausgleich, dann wurde ein sogenannter Rettungsschirm für die Gemeinden diskutiert. Sie haben es gerade angedeutet, dass sozusagen einige Gemeinden sicherlich Probleme haben.

Es wurde aber auch eine Erhöhung der Grundsteuer diskutiert, und vor allem wurde diskutiert, ob es überhaupt eine Steuereinnahmenkompetenz für Länder geben soll.

Ich frage Sie daher: Glauben Sie, dass es eine Steuereinnahmenkompetenz für Länder geben soll, beziehungsweise sind Sie für eine Erhöhung der Grundsteuer?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Ohne jetzt auf die wirklich wichtige Frage der grundsätzlichen Neuorganisation und Neuorientierung des Finanzausgleichs eingehen zu wollen, was eine wirklich lohnende Aufgabe wäre, habe ich es schon in St Pölten ein bisschen komisch gefunden, dass wir von den Gemeinden her die Steuerhoheit der Länder diskutieren, denn das ist ja wohl nicht wirklich unser prioritäres Problem.

Unser prioritäres Problem ist ein anderes, nämlich dass die Steuern samt und sonders Bundessteuern sind, aber per definitionem den Gemeinden zugeordnet wer-

den, wie das früher die Getränkesteuer gewesen ist, wie es jetzt noch die ehemalige Lohnsummensteuer, also die Kommunalsteuer, ist.

Es ist das Problem, dass die Gemeinden noch vor etwa 10 bis 12 Jahren rund 40 Prozent Ertrag gehabt haben, jetzt sind es nur mehr 20 Prozent. Das heißt, es ist definitiv eine starke Aushöhlung der eigenen Einnahmensituation für die Gemeinden da.

Da diskutiert man natürlich vieles. Da diskutiert man auch die Grundsteuer. Wie Sie ja sicherlich auch gesehen haben, war das aber nicht Inhalt und Gegenstand der Resolution. Dass man das diskutiert, dafür habe ich in den Situationen, in denen sich die Gemeinden heute befinden, viel Verständnis.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl.-Ing Margulies. Ich bitte darum.

Abg Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich möchte kurz auf die Grundsteuern zurückkommen. Laut OeNB gibt es in Österreich ein privates Grundvermögen in der Größenordnung von 850 Milliarden EUR. Die Grundsteuereinnahmen österreichweit machen nicht einmal ein dreiviertel Promille dieser Summe aus.

Angesichts der von Ihnen schon geschilderten prekären Situation frage ich ganz konkret: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es zu einer Neufestsetzung der Einheitswerte kommt und in Summe zu einer Anhebung der Grundsteuer unter der Einschränkung, dass die Grundsteuer nicht mehr in den Betriebskosten weiterverrechnet werden kann und dass selbstverständlich auch Grundsteuerfreibeträge existieren, die es dem „kleinen“ Häuselbauer, dem „kleinen“ Mietwohnungsbesitzer ermöglichen, tatsächlich auch im Eigenheim zu wohnen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Was du jetzt geschildert hast, ist ja der Grund, warum der Verfassungsgerichtshof sich damit beschäftigt. Es ist die begründete Argumentation aufgetaucht – sonst hätte sich der Verfassungsgerichtshof auch dessen nicht angenommen –, dass dies eine Situation darstellt, die die Grenzen unserer Verfassung insbesondere auch im Gleichheitsgrundsatz sprengt.

Damit ist automatisch gegeben, dass man sich damit zu beschäftigen hat, sei es auf der Bundesebene, sei es aber natürlich auch auf der Ebene der Gemeinden.

Wir sind hier in Verhandlungen dazu, wie wir diese Fragestellungen im Einklang mit dem voraussichtlichen Endurteil des Verfassungsgerichtshofs auch darstellen können. Ich werde daher jetzt hier nichts präjudizieren.

Aber ich habe viel Verständnis – noch einmal – für die Argumentation jener Gemeindevertreter, die meinen, das sei nicht gerecht. Und ich habe sehr viel Verständnis dafür, wenn man sagt, wir haben auch dem Wortlaut des Verfassungsgerichts zu folgen und nicht zu tricksen.

Natürlich sind alle möglichen Dinge zu bedenken – es ist bereits angesprochen worden: Ein Einrechnen der Betriebskosten und Mietverteuerungen oder die Fragestellung dessen, was jemand macht, der eine solche

Zahl von Gemeindewohnungen wie die Stadt Wien hat, der das von einer Tasche sozusagen in die andere verlagern würde – das ist wahrscheinlich noch das leichtere Problem, das dabei zu lösen ist. Es gibt also eine Reihe von Dingen, die zu bedenken sind, für die Häuselbauer natürlich im besonderen Ausmaß. Es wird aber kein Weg an dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs und somit an einer Änderung dieser Situation vorbeiführen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Wansch. Ich bitte darum.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Landeshauptmann!

Ich verstehe Ihre Gereiztheit. Es war wahrscheinlich ein hartes Wochenende. Aber in der Antwort mir mehrmals zu unterstellen, die Unwahrheit zu sagen, würde normalerweise nach einem Ordnungsruf schreien, besonders heute, da die Ordnungsrufe locker sitzen. Aber ich verzichte darauf. (*Abg Kurt Wagner: Die Unwahrheit verlangt keinen Ordnungsruf!*)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Nur dann, wenn sie notwendig sind.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** (*fortsetzend*): Ich möchte dazu nur sagen: Wenn die Aussagen von mir Unwahrheit wären, dann würde man diese Unwahrheit dem Rechnungshof und dem Kontrollamt unterstellen, und das kann ich mir nicht vorstellen.

Zur Frage selbst: Das Wort Stabilitätspakt hat Stabilität in sich, und unter Stabilität stellt man sich geordnete, transparente Finanzen vor.

Ja, dann schauen wir uns einmal an, wie das in der Stadt Wien ist. In der Pressekonferenz vom 9. November 2010 hat Frau StRin Brauner das Budget 2011 vorgestellt und war stolz darauf, ein Stabilitätspakt zu erstellen, mit einem Abgang Maastricht-Budgetdefizit: 577 Millionen EUR, administratives Defizit: 621 Millionen EUR. Da sagt man: Aha, das ist auch viel Geld, aber das ist halt Stabilität, wenn man eine halbe Milliarde Euro Abgang hat.

Dann schaut man sich jetzt den endgültigen Vorschlag an, so wie er beschlossen wurde, und da steht auf einmal drinnen: Maastricht-Budgetdefizit: 790 Millionen EUR, administratives Defizit: 921 Millionen EUR, also 300 Millionen EUR mehr, von denen ich nicht weiß, woher sie kommen. In Wirklichkeit wissen es ohnehin alle, die im Raum sind, woher sie kommen. Der Unterschied zwischen Pressekonferenz und tatsächlichem Beschluss ist jedenfalls beachtlich.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Sie haben noch 20 Sekunden, Herr Abgeordneter! Ich bitte um Formulierung Ihrer Frage!

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** (*fortsetzend*): Mit welchen Zahlen hat Sie Finanzstadträtin Brauner in die Verhandlungen zum Stabilitätspakt geschickt, mit den ersten, mit den zweiten oder mit Zahlen, die wir noch gar nicht kennen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Ich bin überhaupt nicht gereizt, Herr Abgeordneter! Nur, was gesagt werden muss, muss gesagt werden. Wenn Sie sich hier herstellen und

die Finanzstadträtin beschuldigen, Währungsspekulation zu betreiben, dann weise ich das zurück. Das ist auch nachweisbar, denn in keinem der von Ihnen zitierten Berichte – weder des Rechnungshofs noch des Kontrollamts – steht drinnen, dass Währungsspekulation betrieben worden ist. Das halte ich hier fest und bleibe daher dabei: Sie sagen wissentlich die Unwahrheit. Das steht fest. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Zweiten: Bei der Frage des Stabilitätspakts ist in allererster Linie notwendig, dass wir die Prozentzahlen dazu festgelegt haben, wie sich die einzelnen Gemeinden in Zukunft verschulden dürfen. Dass in dem Hauptkrisenjahr 2010 beziehungsweise auch 2009 niemand den alten Stabilitätspakt eingehalten hat, liegt auf der Hand: weder der Bund noch die Länder noch die Gemeinden.

Das hängt auch ein bisschen damit zusammen, dass Eurostat rückwirkend Dinge hineingerechnet hat, was ich überhaupt höchst seltsam finde, denn wie man das rechtlich rechtfertigt, dass man rückwirkend Rechtsnormen ändert, wird mir irgendjemand irgendwann erklären müssen. Ich kann das nicht verstehen. Das trifft uns bei den Spitalskosten. Das trifft den Bund beispielsweise bei den Fremdfinanzierungen der Investitionen in der Bahn und beim Straßenbau.

Es war daher natürlich vollkommen klar, dass wir das auf neue Füße stellen mussten, dass wir hier Prozentzahlen festlegen mussten, um dann jene Prozentzahlen, die in Brüssel relevant sind und die auch seitens der österreichischen Bundesregierung Brüssel gemeldet werden müssen, zu erreichen.

Daher ist es auch da keine Frage, dass das, was Sie hier festgestellt haben, von keiner besonderen Relevanz ist. Sie wissen ganz genau, dass es Investitionsmittel gewesen sind, die wir zur Bekämpfung der Krise aufgenommen haben. Und Gott sei Dank hat die Stadt Wien eine hervorragende Bonität und diese Möglichkeiten überhaupt noch - im Gegensatz zu vielen Städten, darunter auch Klagenfurt.

Ich denke, das ist eine aus meiner Sicht herausgesehen sehr klare Sache. Dazu bedarf es keinerlei Unterstellungen. Wir haben auch reinen Herzens diesen Stabilitätspakt unterschrieben und unterschreiben können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke.

Die 3. Anfrage (FSP - 02191-2011/0001 - KSP/LM) wurde von Herrn Abg Ernst Nevrivy gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. *(Am 1. Juni 2011 wird ein weiteres Pflegewohnhaus seiner Bestimmung übergeben. Wie sieht der weitere Zeitplan für den Ausbau von Wohn- und Pflegeeinrichtungen in Wien aus?)*

Ich bitte um die Beantwortung, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Sie fragen mich nach dem Fortgang des Wiener Geriatriekonzepts, da morgen wieder ein Pflegewohnhaus eröffnet wird.

Ich freue mich, Ihnen diesbezüglich berichten zu können, dass ein Großteil dieses Geriatriekonzepts hier in diesem Haus einstimmig beschlossen worden ist, dass

Vorarbeiten geleistet wurden, aber dass im Jahr 2007 der Beschluss dazu gefasst worden ist, dass wir bis zum Jahr 2015 3 700 Pflegeplätze neu schaffen werden, wodurch sich das Angebot der Pflegeplätze in Wien um 1 500 erhöhen wird.

Wir haben seit dem Jahr 2007 21 Pflegeprojekte auf Schiene gebracht, 21 Projekte, die Neubauten sind, sowohl im Bereich der Stadt Wien als auch im Bereich des Kooperationsbereiches zwischen dem KWP und dem KAV, aber auch im gemeinnützigen privaten Bereich von der Caritas über „Wie daham“ bis zur Caritas Socialis. Das ist zum Beispiel ein Projekt, das in der Trillergasse errichtet wird.

Von den 21 Projekten, die wir im Jahr 2007 auf Schiene gebracht haben, sind mittlerweile 7 in Betrieb, inklusive dem, das morgen eröffnet wird, und sind 14 in Bau oder in Planung. Wir sind in der Zeit, dass wir bis zum Jahr 2015 all diese Projekte abgeschlossen haben werden. Das last but not least letzte Projekt, das bis 2015 abgeschlossen wird, ist das Pflegewohnhaus Rudolfsheim-Fünfhaus, das am Standort des derzeitigen Kaiserin-Elisabeth-Spitals errichtet werden wird, sodass wir nach unserem Plan im Jahr 2015 das derzeitige Geriatriezentrum Am Wienerwald schließen werden können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Korosec. Ich ersuche darum.

Abg Ingrid **Korosec** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Im Großen und Ganzen ist das ein sehr umfangreiches Projekt, wo wir nicht mit allem einverstanden sind, was die Größen betrifft – das wissen Sie –, aber grundsätzlich ist es doch sehr positiv zu bewerten.

Sie wissen, dass ich immer der Meinung bin, dass vor allem Tageszentren ganz besonders wichtig sind. Da muss man eben nicht in das Heim, da haben die Angehörigen die Möglichkeit, berufstätig zu sein und die Eltern oder zu Pflegenden eben während des Tages in ein Tageszentrum zu geben.

Derzeit gibt es neun Tageszentren, soweit mir bekannt ist, und mit Kooperationspartnern weitere elf. Gerade im Hinblick darauf, dass wir die demographische Entwicklung kennen und wir natürlich so lange wie möglich zu Pflegenden zu Hause behalten wollen – Sie wissen, 80 Prozent wollen das –: Wie ist Ihr Konzept gerade in dem Bereich? Da scheint es mir nicht so ambitioniert. Da hätte ich gerne von Ihnen nähere Auskunft.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Frau Kollegin Korosec!

Das ist erfreulicherweise wirklich ein Bereich der Kommunalpolitik, wo wenig inhaltliche Differenzen sind und wo es uns allen darum geht, die Bestsituation für die Menschen, die das brauchen, und vor allem auch für die Angehörigen zu schaffen.

Ich bin da ganz Ihrer Meinung, dass das Thema des Ausbaus der mobilen Betreuung unter Tageszentren ein ganz wichtiges ist. Wir haben den Ausbauplan, dass wir die Zahl der Tageszentren bis zum Jahr 2015 um rund ein Drittel erhöhen werden, wo auch die konkreten Pro-

jekte dahinterstecken – ich habe diese jetzt aus Zeitgründen nicht extra aufgezählt –, weil in vielen dieser stationären Projekte Tageszentren inkludiert sind. Zum Beispiel wird im Pflegewohnhaus Liesing auch ein Tageszentrum neu errichtet, wo derzeit kein Tageszentrum ist.

Das heißt, mit dem Ausbauplan des stationären Bereichs ist auch der Ausbauplan des – wie man sagt – halbstationären, also Tageszentrumsbereichs verbunden. Das ist auch von der Konzeption her so, weil es darum geht, Betroffenen und Angehörigen die Sorge und Angst vor dem – ich sage das zwischen Anführungszeichen – Pflegeheim zu nehmen. Wenn die Tageszentren dort sind – gerade jetzt, wo wir die Dezentralisierung haben und die Pflegewohnhäuser in der Stadt sind –, geht es auch darum, dass man dem ein Stück Angst nimmt und man, wenn es notwendig ist, das Angebot dann auch annimmt.

Genauso wie ich Ihrer Meinung bin, was die Frage der Tageszentren betrifft, so sind wir – glaube ich – auch einer Meinung, was den Ausbau des mobilen Bereichs betrifft und auch was den Ausbau des betreuten Wohnens betrifft. Das ist ja das große Projekt, das das Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser – dazu gibt es die entsprechenden Beschlüsse im Vorstand schon – in den nächsten Jahren umsetzen wird. Wir sehen, das durchschnittliche Einzugsalter in ein Haus des KWP liegt mittlerweile bei 86 Jahren. Da ist schon Betreuung notwendig. Daher wird das Übliche dort nicht mehr das ausschließliche Wohnen sein, sondern die Betreuung, die maßgeschneiderte Betreuung. Das ist das, was in diesem Betreuungs- und Geriatriekonzept auch einen ganz wichtigen Punkt mit einnimmt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Abg Dr Pilz. Ich ersuche darum.

Abg Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Sie haben es ohnehin gesagt: Das ist ein Thema, bei dem die ideologischen Gräben nicht groß sind, und das ist gut so, denn alt werden wir alle früher oder später. Insofern trifft es uns, und wir wollen gut versorgt sein. Das KWP ist einen sehr weiten Weg gegangen, sich sozusagen auch einzugestehen: Jetzt geht es um Pflege und nicht mehr nur um Wohnversorgung! Dazu sind die innovativen Projekte sicherlich etwas ganz Herausragendes.

Kürzlich war am Städtetag in St Pölten das Thema Pflege der Zukunft ganz prominent in einem Arbeitskreis vertreten. Da hat Herr Dr Leichsenring vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung vorgestellt, wie das andere europäische Mitgliedsstaaten machen und hat von einem Beispiel in den Niederlanden erzählt, wo schlicht und einfach in den Plattenbauten am Stadtrand, wo nur mehr ältere Herrschaften wohnen, sozusagen eine Wohnung für Pflegepersonal angemietet wird und aus der alten Gaststätte sozusagen eine Kantine für die alten Menschen gemacht wird, also wo man versucht, nicht nur etwas zu bauen, sondern einfach dort hinzugehen, wo alte Leute sind und gerne bleiben. Ich finde, über so etwas in Österreich weiter nachzudenken,

würde mich sehr anregen.

Ich bleibe aber jetzt doch beim KWP und möchte Sie fragen: Wenn dieser Paradigmenwechsel jetzt vollzogen ist und wir uns auf die Betreuung maßgeschneidert konzentrieren, was heißt denn das für die weitere Personalentwicklung? Welche Art von Personal müssten wir ausbilden und vorkehren, damit wir diese Aufgabe erledigen können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Das ist mit ein Punkt – und das war ja etwas, was Sie auch immer kritisch angemerkt haben: Warum dauert das alles so lange? –, dass erste Reihe fußfrei etwas zu wollen, das eine ist und etwas umzusetzen, das andere ist.

Genau die Frage: Wie schaffen wir eine Personalstruktur, die diese Herausforderung auch annehmen kann?, war ein wesentlicher Punkt. Da sind wir jetzt in diesem Bereich sehr weit, weil das sehr vielfältig sein muss, da ja unser gemeinsames Ziel – das ist ja Beschlusslage des Vorstands des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser – nicht ist, dass wir 31 kleine Spitäler daraus machen, wo es aussieht und riecht wie in einem Spital. Das ist ja genau dieser Weg, von dem wir auch im Bereich der Geriatriereform weggehen.

Pflege – nämlich die diplomierte Pflege – ist das eine, es geht aber sehr stark um Tagesstruktur, und da setzen wir auch sehr stark auf neu geschaffene Berufe wie zum Beispiel den Altenfachbetreuer/die Altenfachbetreuerin. Mit der Gründung der Schule für Wiener Sozialberufe, wo das Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser eines der Gründungsmitglieder ist, ist auch ein Schritt gesetzt worden, um eben maßgeschneidert für diese neuen Herausforderungen auszubilden.

Ganz besonders wichtig ist auch, dass es der richtige Mix an Personal sein muss, weil es ja ein Wohnhaus bleiben soll, wo sich im Hintergrund sozusagen die Betreuung abspielt, aber man soll reinkommen und es soll ausschauen, riechen und wirken wie ein Wohnhaus.

Daher ist es wichtig, dass es nicht zu stark vom Personalschlüssel her in Richtung Pflege geht – dazu gibt es das Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz, wo das klar geregelt ist –, aber wo es darüber hinaus einen kreativen Mix an Berufsgruppen gibt, damit hier auch Neues ausprobiert werden kann.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Ebinger. Ich ersuche darum.

Abg Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es ist natürlich auch für mich und für uns eine wichtige Sache, dass ausreichend qualifiziertes Personal da ist. Wir begrüßen es natürlich, dass es neue Formen von Pflegeberufen gibt, dass dieser Beruf aufgewertet ist. Wir haben schon einmal darüber diskutiert, dass es ein Beruf der Zukunft und mit Zukunft ist und hoffentlich auch einmal ein besser dotierter Beruf.

Lassen Sie mich jetzt etwas anderes fragen: Wir haben jetzt gehört, es soll das Landespflegegeld auch vom Bund bezahlt werden. Die PVA soll das übernehmen. Das bedeutet dann für die Länder eigentlich eine Ersparnis.

Meine Frage an Sie: Wenn Sie das bezahlen müssen, um wie viel Geld handelt es sich da, das frei wird? Und wie würden Sie planen, das im Pflegebereich sinnvoll für die Zukunft einzusetzen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsfr StRin Mag Sonja **Wehsely**: Das wäre sehr schön, wenn die Realität so wäre, wie Sie sie darstellen. Es wird keine Ersparnis geben, denn selbstverständlich werden nach dem richtigen Motto, dass das Geld der Leistung folgt, natürlich die Mittel, die derzeit für das Landespflegegeld ausgeschüttet werden, eins zu eins – und zwar mit dem Schnitt Ende des Jahres 2011 – an den Bund überwiesen und wird das rückabgewickelt. Es bleibt den Ländern kein Geld zusätzlich. Schade!

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

Ich möchte mitteilen, dass sich Herr Abg Dr Aigner entschuldigt hat.

Die 4. Frage (FSP - 02193-2011/0001 - KVP/LM) wurde von Herrn Abg Dipl-Ing Roman Stiftner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (Mit 30. Juni endet die Übergangsfrist für den verpflichtenden Hundeführschein. Ab 1. Juli muss jeder Besitzer eines Kampfhundes einen Hundeführschein besitzen. Der Wiener Hundeführschein entpuppt sich dabei zunehmend als Farce. Sollte mit der Hundeführscheinpflicht sichergestellt werden, dass nur verlässliche Personen Kampfhunde führen, so verzichtet der Magistrat in Wien darauf, die Verlässlichkeit der Hundebesitzer zu prüfen. Sprechen Sie sich für eine Novelle aus, der zufolge der Magistrat künftig die Verlässlichkeit von Kampfhundehaltern von Amts wegen zu erheben hat, insbesondere ob Vorstrafen wegen Gewaltdelikten, Zuhälterei, Drogenhandel, Menschenhandel oder Schlepperei oder Verstöße gegen Tierschutz- und Tierhaltegesetz vorliegen, um ausschließen zu können, dass auch nicht verlässliche Personen einen Kampfhund besitzen?)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Mag Ulli **Sima**: Schönen guten Morgen!

Meine Frage heute beschäftigt sich mit dem Hundeführschein. Ich darf zu Beginn kurz über die gesetzlichen Grundlagen dazu aufklären.

Nach der derzeitigen Regelung des § 5a des Wiener Tierhaltegesetzes dürfen nur jene Personen zur Absolvierung der Hundeführscheinprüfung zugelassen werden, die unter anderem über die notwendige Verlässlichkeit gemäß Abs 6 verfügen. Behörde für diese Angelegenheiten der örtlichen Sicherheitspolizei ist die Bundespolizeidirektion Wien. Das heißt, das Abfragen von Vorstrafen, also Strafregisterauskünfte, hat durch die Polizei zu erfolgen.

Da aber die Abwicklung der Hundeführscheinprüfung über die MA 60 nicht als Behörde, aber durch die MA 60 erfolgt, wäre es durchaus sinnvoll, der MA 60 die Kompetenz zu erteilen, diese Abfragen künftig auch vornehmen zu können.

Wir haben das natürlich mit der Polizei besprochen. Dieses Ansinnen ist aber leider von der Polizei abgelehnt worden, mit der Begründung, dass die Weitergabe von

Daten nicht möglich ist. Diese Begründung liegt auch schriftlich vor.

Daher ist die Vorgangsweise jetzt Folgende, dass wir die Namen der Hundeführschemkandidaten und -kandidatinnen weiterhin auch an die Polizei melden. Diese kann als zuständige Behörde alle weiteren notwendigen Schritte setzen.

Die weiteren Ausschlussgründe für die Absolvierung des Hundeführscheins, also die Übertretungen nach dem Tierhaltegesetz, werden sowohl bei der MA 58, die ja Strafbehörde ist, als auch bei der Polizei abgefragt und rückgemeldet. Die Übertretungen nach dem Tierschutzgesetz werden von den Magistratischen Bezirksämtern geahndet und werden dort abgefragt.

Ansonst kann ich Ihnen sehr erfreut berichten, dass der Hundeführschein wirklich eine sehr gute Sache geworden ist, eine Erfolgsgeschichte. Es geht ja bekanntermaßen um das friedliche Miteinander von Mensch und Tier in der Großstadt. Die Übergangsfrist endet – wie Sie wissen – mit Ende Juni beziehungsweise 1. Juli des heurigen Jahres. Dann müssen alle Besitzerinnen und Besitzer von sogenannten Kampfhunden einen Hundeführschein gemacht haben. Bisher haben das rund 1 830 Besitzer und Besitzerinnen gemacht. Und wir haben noch 500 Anmeldungen von Personen, die sich für die Hundeführscheinprüfung angemeldet haben. Das heißt, wir sind jetzt bei einer Gesamtzahl von 2 330, was, so glaube ich, schon eine sehr, sehr gute Bilanz ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

In der Zwischenzeit begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Schule Schaumbergergasse recht herzlich bei uns. Ich freue mich, dass sie der Landtagssitzung beiwohnen. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Stiftner. Ich ersuche darum.

Abg Dipl-Ing Roman **Stiftner** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Einen schönen guten Morgen!

Sie haben das klar dargestellt, dass offenbar ein Gesetz entworfen worden ist, das doch sehr viel Interpretationsspielraum für die Behörde übrig lässt.

Ein Zweites, was immer wieder auffällt: Es gibt immer wieder Ausreden, warum die Kooperation mit anderen bei Ihnen, Frau Stadträtin, offenbar nicht funktioniert. Diesmal ist es wieder einmal die Polizei.

Faktum ist – wir haben uns da sehr genau erkundigt –, dass Ihre Behörde eine Art Selbsterklärung einfordert. Das heißt, egal, wer das tut, er erklärt selbst, dass er ohnehin in bestem Zustand ist und den Hund nur in bester Absicht halten möchte. Die Behörde führt überhaupt keine Überprüfung in dieser Richtung – auch wenn es darum geht, eine allfällig Zuverlässigkeit hier feststellen zu wollen – durch. Faktum ist, so wie sonst auch kann man ja auch hier ein Leumundszeugnis einholen oder einholen lassen. Das ist auch im Gesetz abgedeckt.

Die Frage ist: Warum tun Sie das nicht? Und warum weisen Sie nicht Ihre Behörde, Ihre Beamten an, entsprechend vorzugehen?

Weiters frage ich Sie, wie Sie den Vollzug sicherstellen wollen, zumal ja nicht nur der Hundeführschein jetzt

für die sogenannten Kampfhunde oder Rassentiere verpflichtend ist, sondern ja auch die Chip-Pflicht seit Langem verpflichtend ist? Wir wissen, dass hier einiges nicht optimal läuft.

Wann werden Sie hier Schwerpunktaktionen setzen, damit beides ordentlich überprüft wird, sowohl der Vollzug Ihres Gesetzes, das Sie eingebracht haben, wie auch die Überprüfung der Chippflicht der Hunde?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Es gibt eine ganz klare behördenmäßige Zuständigkeit bei der Polizei, die auch ich als Landesrätin nicht ändern kann. Ich kann die Polizei ersuchen, ich kann der Polizei sogar anbieten, dass wir das übernehmen. Das haben wir in diesem Fall auch gemacht. Die Polizei hat es dankend abgelehnt, aber ich bin mir sicher, dass Sie mit Ihren guten Verbindungen zur Frau Innenministerin da ein gutes Wort einlegen können.

In dem Fall ist es ja nicht so, dass wir der Polizei zusätzliche Aufgaben aufbürden wollen, nein, ganz im Gegenteil, wir haben uns freiwillig gemeldet und gesagt: Die Stadt Wien übernimmt diese Aufgabe gerne! – Das ist von der Polizei abgelehnt worden. Das kann ich als Landesrätin nur zur Kenntnis nehmen. Die Polizei wird daraufhin von uns mit den entsprechenden Namen und Daten versorgt. Ich bin sicher, dass die Polizei der gesetzlichen und behördlichen Aufgabe nachkommt und dieses auch überprüft.

Dass wir parallel dazu auch noch eingeführt haben, dass der Hundeführscheinwerber sich auch noch selbst verpflichten muss, ist sozusagen ein doppelter Boden, damit wir uns doppelt abgesichert haben. Wir haben Gürtel und Hosenträger in diesem Fall gewählt, weil es ja um die Sicherheit der Menschen in der Stadt geht. Ich glaube, das ist dann schon eine gute Begründung, warum man hier wirklich auf Nummer sicher gehen wollte.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Maresch. Ich ersuche darum.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Der Hundeführschein ist durchaus ein wichtiger Meilenstein, was die Sicherheit von allen NichthundebesitzerInnen aber auch HundebesitzerInnen beinhaltet.

Deswegen meine Frage: Welche Maßnahmen sind angedacht oder welche Dinge werden in Richtung einer Ausweitung des Hundeführscheins folgen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Wir sind gemeinsam im Regierungsübereinkommen übereingekommen, dass wir dem Hundeführschein jetzt noch einmal ein bisschen Zeit geben. Er ist ja noch nicht einmal vollständig eingeführt. Also, mit 1. Juli 2011 endet die Übergangsfrist. Ab 1. Juli muss jeder sogenannte Kampfhundebesitzer/Kampfhundebesitzerin in Wien den verpflichtenden Hundeführschein absolviert haben. Wir werden auch noch einmal gemeinsam mit der Polizei eine Schwerpunktkontrollaktion im Laufe des kommenden Monats beziehungsweise mit Ende der Frist haben. Wir bewerben es auch entsprechend, damit wirklich niemand sagen kann, er hat das nicht gewusst. Ich glaube, es gibt ja

doch jetzt schon eine sehr umfassende Debatte.

Dann haben wir uns vorgenommen, doch noch einige Zeit vergehen zu lassen und zu schauen. Im Jahr 2013 soll es dann eine Evaluierung geben, um zu schauen: Wie gut hat das funktioniert? Gibt es einen Bedarf, das auf andere Hunderassen auszuweiten? Oder wie will man weiterhin damit umgehen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich bitte darum.

Abg Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Schönen guten Morgen, Frau Landesrätin!

Ich glaube, Sie kennen ja meine Stellungnahme zum Hundeführschein zur Genüge. Wir können uns eine lange Vorrede jetzt ersparen. Daran hat sich nichts geändert, im Gegensatz zur Fraktion der GRÜNEN, die ja im Vorfeld vor ihrer Regierungsbeteiligung zum Hundeführschein anders gesprochen hat. Wie dem auch sei, das ist nicht mein Problem.

Sehr geehrte Frau Landesrätin, einer meiner Hauptkritikpunkte war ja seinerzeit, dass Aggression an sich nichts mit Rasse zu tun hat. Sie erinnern sich daran. Ich weiß, dass die Bishhäufigkeit bei Hunden nicht unbedingt mit den Hunden übereinstimmt, die zu den – worauf haben wir uns geeinigt? – an sich gefährlichen Rassen gezählt werden.

Der langen Rede kurzer Sinn, meine Frage: Ist jetzt schon daran gedacht, diese Liste der an sich gefährlichen Rassen, also sagen wir, der Kampfhunde, auf andere Rassen, vielleicht sogar auf alle Hunderassen überhaupt einschließlich der Mischlinge auszuweiten? Ich möchte Sie bitten, mir auch zu beantworten, ob es irgendwelche Überlegungen überhaupt im Augenblick in dieser Richtung gibt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Wir haben über das in der Tat schon öfters diskutiert. Mittlerweile hat auch der Verfassungsgerichtshof unserem Gesetz recht gegeben, was mich natürlich sehr, sehr gefreut hat, weil wir sehr viel Hirnschmalz auch in die Vorbereitung gesteckt haben.

Ich kann Ihnen nur berichten, dass es in vielen anderen Ländern – auch in vielen deutschen Städten – genauso geregelt ist wie bei uns, die sehr gute Erfahrungen damit gemacht haben.

Was die Ausweitung betrifft: Ich habe immer gesagt, dass es nicht in Stein gemeißelt ist. Das ist jetzt einmal der erste Durchgang. Bis 1. Juli 2011 läuft jetzt einmal die Übergangsfrist. Wie ich auch dem Kollegen Maresch gesagt habe: Im Jahr 2013 wird es eine Evaluierung geben, da werden wir uns das genau anschauen. Und dann ist eigentlich der Zeitpunkt, wo wir entscheiden wollen, ob es zu einer Ausweitung kommt oder nicht.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Stiftner. Ich ersuche darum.

Abg Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Landesrätin!

Ich denke, Gürtel und Hosenträger, wie Sie vorher erwähnt haben, brauchen Sie, um die Kritik abzuwehren, die dieses Gesetz, das Sie hier eingebracht haben, aus-

gelöst hat.

Es ist folgende Situation, in der Sie sich vorfinden: Einerseits haben Sie die Kritik der Tierschützer mit Recht einzustecken, dass eine Rassenliste sicherlich nicht die ideale Maßnahme ist. Schauen wir uns an, dass jetzt viele Tiere ins Tierheim abgeliefert worden sind, weil offenbar Probleme bei diesem Hundeführschein vorliegen. Auf der anderen Seite sind Sie nicht einmal in der Lage, Ihr eigenes Gesetz zu vollziehen.

Deswegen frage ich Sie, wenn Sie mir heute beantworten, dass Sie offenbar nicht bereit sind, eine Weisung zu erteilen, um die Möglichkeit, die das Gesetz einräumt, nämlich in diesem großen Spielraum, auch im Rahmen der Selbsterklärung hier entsprechend verpflichtend von der Behördenseite Überprüfungen durchzuführen, ob Sie erstens bereit sind, über eine gesetzliche Novelle nachzudenken, die das präzisiert und in Hinkunft auch verpflichtend macht, denn damit hätten wir auch dann keine Probleme mehr in der Kooperation, und zweitens, ob Sie sich vorstellen können, den Hundeführschein zu befristeten.

Wir können ja davon ausgehen, dass unter Umständen – wir wissen ja, wen wir eigentlich mit dem Gesetz treffen wollten – ja auch zwischenzeitlich Strafhandlungen vorliegen könnten, die dann eine Aberkennung des Hundeführscheins notwendig machen. Also wäre eine Befristung sehr sinnvoll. So frage ich Sie, ob Sie sich das in Hinkunft vorstellen können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ich sehe überhaupt keine Notwendigkeit, dieses Gesetz zu novellieren, weil das Gesetz wunderbar funktioniert. Sie versuchen – und das verstehe ich als Opposition – ein Haar in der Suppe zu finden. Sie haben sehr lange suchen müssen, bis Sie vermeintlich ein Haar gefunden haben. Ich kann Ihnen sagen, der Vollzug des Gesetzes klappt wie am Schnürchen. Die Beamten sind sehr bemüht. Wir haben jetzt natürlich im letzten Monat, obwohl wir die Menschen vorinformiert haben, einen stärkeren Anspruch, wie es halt immer so ist, wenn eine Deadline kommt. Es gibt halt viele, die erst kurz davor kommen. Die Beamten machen das wirklich ganz hervorragend und versuchen, wirklich jeden noch zeitgerecht abzufertigen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Aus meiner Sicht ist es ein gutes Gesetz. Es ist vom Verfassungsgerichtshof bestätigt worden, was mich auch sehr freut. Auch diesbezüglich gab es ja viele Zweifler und Unkenrufe, die uns was auch immer prophezeit haben. Das ist alles nicht eingetreten. Und auch das, was Sie heute gesagt haben, wird nicht eintreten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

Da keine weitere Frage vorliegt, kommen wir nun zur Aktuellen Stunde.

Der Klub der Wiener Freiheitlichen hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Endlich Transparenz bei der Werbeflut des roten Wiens“ verlangt. Das Verlangen wurde ordnungsgemäß beantragt.

Wir kommen nun zum Erstredner. Ich bitte Herrn Abg Mag Kowarik, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich

in Erinnerung rufe, dass die Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema der Aktuellen Stunde ist: Endlich Transparenz bei der Werbeflut des roten Wiens. Das Thema ist zwar nicht neu, aber immer noch aktuell wie eh und je.

Worum geht es? – Ich darf in diesem Haus als bekannt voraussetzen, dass es im Bereich der Stadt Wien und in den sogenannten ausgelagerten Betrieben eine unüberschaubare Flut an Inseraten und Einschaltungen in diversen Medien gibt.

Es geht hier einerseits um Werbeeinschaltungen der einzelnen Stadträte und der Geschäftsgruppen der Stadt Wien, und es geht vor allem andererseits um die zahllosen Werbeeinschaltungen der sogenannten ausgelagerten Betriebe, also der Unternehmungen und Betriebe im Sinne der Wiener Stadtverfassung, und um Inserate der Unternehmen, die im Alleineigentum der Stadt stehen.

Darunter fallen finanzstarke Unternehmen wie die Gesellschaften der Wiener Stadtwerke Holding AG, also Wien Energie, Wiener Linien, beziehungsweise fällt darunter auch der Bereich von Wiener Wohnen.

Jeder und jede, der oder die tagtäglich in der U-Bahn fahren, können ebenso oft die Flut der Schaltungen nachlesen. Einerseits werden in den gratis aufliegenden Tageszeitungen, andererseits aber auch in den sonstigen mehr oder weniger unabhängigen Zeitungen erstaunlich viele Einschaltungen vorgenommen.

Man bekommt beim Studium dieser Inseratenflut angesichts der Quantität und vor allem auch der Qualität berechnete Zweifel an der Informationsschiene der Stadt Wien und seiner ausgelagerten Betriebe. Es entsteht vielmehr der unangenehme Eindruck, dass nicht Information im Vordergrund steht, sondern andere Zwecke bedient werden. Nicht nur überkritische Oppositionspolitiker, sondern auch unabhängige Politikwissenschaftler konstatieren, dass freundliche Berichterstattung mit der Zahl teuer gebuchter Anzeigen oftmals Hand in Hand geht.

Meine Damen und Herren, es gibt aber noch einen Bereich, der in diesem Zusammenhang zu betrachten ist. Es gibt auch eine Sintflut, um nicht zu sagen, einen Tsunami an Inseraten der Stadt Wien und der ausgelagerten Betriebe für SPÖ-nahe Zeitungen und Medienbereiche.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, eine konkrete Zeitschrift als Beispiel anzuführen. Als stolzer Besitzer einer Jahreskarte der Wiener Linien habe ich fast täglich die Möglichkeit, ein Beispiel für die erstaunliche Werbetätigkeit der Stadt Wien in einem SPÖ-nahen Magazin, nämlich dem VORmagazin, zu studieren. Es ist verwunderlich, wie viele Inserate da geschaltet werden.

Ich darf aus der aktuellen Ausgabe berichten. Da inserieren unter anderem die Stadt Wien, die Wiener Stadtwerke, die Geschäftsgruppe Verkehr, Wien Energie mit einer Doppelseite und dann gleich noch mit einer ganzen Seite, die Wohnservice Wien GmbH auf mehreren Seiten, das Kuratorium Wiener Pensionisten-

Wohnhäuser, der FSW und so weiter und so fort. Die Liste hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, das sei hier gesagt.

Vieles wird klar, meine Damen und Herren, wenn man sich die Gesellschafterstruktur des Inhabers und Herausgebers, nämlich der Vormagazin GmbH anschaut. Da kann man nachvollziehen, dass Alleineigentümer dieser GmbH eine gewisse Echo Medienhaus GmbH ist. Wir kennen die Geschichte: Alleineigentümer der Echo Medienhaus GmbH ist die AWH, dessen Alleineigentümer ist der Verband Wiener Arbeiterheime. Dieser Verein hat ausschließlich Mitglieder aus dem SPÖ-Bereich, nämlich der SPÖ-Bezirksorganisationen, ist also in Wirklichkeit zu 100 Prozent SPÖ-Eigentum.

Dann wird Ihnen auch klar, warum einen gezählte 20 Mal Politiker aus dieser Zeitung entgegenlächeln. Sie können es sich vorstellen: 19 Mal davon ist das ein SPÖ-Politiker, einmal darf auch die Frau VBgmin Vassilakou uns entgegenlachen.

Meine Damen und Herren, das ist ein Beispiel von vielen im unendlichen Firmennetzwerk der SPÖ-Wien. Der Umfang der Einschaltungen im SPÖ- und im SPÖ-nahen Bereich ist geradezu erdrückend. Hier geht es um Millionenbeträge, die die Stadt Wien und die ausgelagerten Betriebe im Endeffekt zur Finanzierung für SPÖ-Werbeträger ausgeben.

Um wie viele Millionen es sich dabei wirklich handelt und welche Medien tatsächlich bedient werden, wäre natürlich für jeden politisch Interessierten, für jeden Steuerzahler und wahrscheinlich generell für jeden Bürger in dieser Stadt interessant.

Ich persönlich zähle mich zu allen drei Vorgenannten und habe daher an jeden amtsführenden Stadtrat die schriftliche Anfrage gestellt, in welchen Medien Einschaltungen in welcher Höhe in den letzten Jahren vorgenommen wurden.

Die Auskunft dazu war, um es vorsichtig auszudrücken, enden wollend. Von acht Stadträten haben sieben keine Auskunft erteilt, sondern auf die Antworten vom Herrn StR Oxonitsch verwiesen. Der Mitarbeiter vom Herrn Stadtrat hat sich immerhin die Mühe gemacht, in blumigen Worten darzulegen, warum ich keine Antwort bekommen habe. Diese Antwort möchte ich Ihnen teilweise nicht vorenthalten. Ich darf ganz kurz daraus zitieren.

Da wird angeführt: „Nach einem definierten Kommunikationsplan wird die Wiener Bevölkerung laufend über bestehende Serviceeinrichtungen anlassbezogen über etwaige Neuerungen oder Veränderungen, aber auch über Leistungen der Stadt Wien im Allgemeinen möglichst umfassend informiert. Die Informationsvermittlung beziehungsweise Bewerbung erfolgt im Rahmen verschiedenster Projekte, zielgruppen- und themenspezifisch jeweils über eine möglichst crossmediale, gegebenenfalls auch aktionistische Kommunikationsschiene.“ – Zitat Ende. Das hört sich schön an, es war halt nicht gefragt.

Das Entscheidende folgt dann im letzten Satz: „In Anbetracht der großen Anzahl und des damit verbundenen administrativen Aufwandes erscheint diese Erhe-

bung nahezu unmöglich, wirtschaftlich jedenfalls nicht gerechtfertigt.“ – Zitat Ende. Ich habe keine einzige Zahl als Antwort bekommen.

Die Stadträte der Stadt Wien lehnen also eine Beantwortung ab, weil die Offenlegung von Sponsoring zu viel Arbeit macht.

Meine Damen und Herren! Nicht nur, dass eine moderne Buchhaltung Details aus der Gebarung auf Knopfdruck ausspucken müsste, vielmehr wäre, so glaube ich, jeder Bürger einverstanden, dass die Offenlegung dieser Mittel ruhig auch ein paar Euro mehr kosten dürfte. Man könnte ja gleich im Gegenzug dafür ein paar Inserate einsparen.

Die Stadt Wien zieht sich also auf den Standpunkt zurück, dass Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu teuer sind. Ich halte das für eine billige Ausrede und in Wirklichkeit für ein Armutszeugnis für das Demokratieverständnis der Verantwortlichen in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch kurz auf eine andere Entwicklung eingehen, nämlich eine auf Bundesebene. Dort hat im Gegensatz zur Wiener Stadtregierung die Bundesregierung sich sehr wohl Gedanken über die Transparenz von Inseraten gemacht und hat einen Ministerialentwurf in Begutachtung geschickt, nämlich das Bundesverfassungsgesetz zur Transparenz von Medienkooperationen mit sowie der Vergabe von Förderungen und Werbeaufträgen an Medienunternehmen.

Die Zeit ist zu kurz. Es würde sich an und für sich anbieten, über dieses Gesetz länger zu referieren und sich darüber Gedanken zu machen. In aller Kürze: Die wesentliche Bestimmung ist § 1 Abs 2 dieses Gesetzes, der den Kern der Transparenzvorschrift enthält. Da werden mittels Verweis jene Rechtsträger aufgezählt, die eine Bekanntmachungspflicht trifft, die dann auch auf einer Homepage des Bundeskanzleramtes veröffentlicht werden soll.

Für uns ist interessant, dass dabei insbesondere nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und Gemeinden beziehungsweise die Körperschaften der Länder und Gemeinden, die Unternehmungen, an denen diese qualifiziert beteiligt sind, sowie auch jene Unternehmen betroffen sind, die durch Gesetz der Rechnungshofkontrolle unterworfen sind. Das ist also ein sehr weitgehendes Gesetz, ein sehr interessantes Gesetz.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch das, was im Vorblatt zu diesem Gesetz steht. Da steht nämlich bei den finanziellen Auswirkungen – ich zitiere: „Die finanziellen Auswirkungen sind im Hinblick auf den Umstand, dass die von der Bekanntgabepflicht betroffenen Rechtsträger ohnehin über die erforderlichen Daten verfügen und diese teilweise auch auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften in eigenen Berichten verarbeiten müssen, vernachlässigbar.“

Also, ein diametraler Gegensatz zu den Antworten, die ich von unseren Stadträten bekommen habe, was insbesondere interessant ist, weil ich in Erinnerung rufen darf, dass der Herr Bundeskanzler, aus dessen Arbeitsbereich ja dieser Entwurf stammt, bis vor wenigen Jahren hier in diesem Haus als Stadtrat tätig war. Also, er

hat das offensichtlich jetzt etwas anders gesehen.

Dieses Gesetz hat einige Schwächen. Das hat auch der Rechnungshof in seiner Stellungnahme festgehalten. Es gibt keine Kontrollmöglichkeit, es gibt keine Sanktionsmöglichkeit, wenn Rechtsträger dieser Pflicht nicht nachkommen. Es muss auch die Vollständigkeit der Meldungen abgewartet werden, bis tatsächlich das Ganze veröffentlicht werden kann.

Da ist also noch einiges zu arbeiten beziehungsweise einiges genauer zu regeln, aber immerhin: Die Initiative der Bundesregierung ist beachtlich. Das muss ich auch als Oppositionspolitiker hier in diesem Haus sagen.

Interessant dazu sind natürlich die Stellungnahmen abseits des Rechnungshofs. Das von der SPÖ regierte Land Salzburg hat zum Beispiel bekannt gegeben, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Gesetz bestehen.

Kurios ist die Antwort des Landes Steiermark, wo die Kinder- und Jugendanwaltschaft eine Leermeldung für dieses Gesetz abgegeben hat. – Soll so sein!

Interessant ist natürlich auch, was das Amt der Wiener Landesregierung zu diesem Gesetz sagt. Sie können es sich vorstellen – leider Gottes! –: Auch hier zieht man sich auf den einen Standpunkt zurück, um dieses Gesetz ablehnen zu können. Der Standpunkt, der hier vertreten wird, ist, dass angeblich öffentliche Unternehmen denselben Transparenzmaßstäben unterliegen sollen wie Unternehmen im Privateigentum.

Meine Damen und Herren! Bei den öffentlichen Unternehmen ist das Interesse der Steuerzahler aber natürlich wesentlich höher als bei privaten Unternehmen. Das ist meines Erachtens nicht zu vergleichen, weil ja immer auch der Verdacht vorhanden sein könnte und teilweise wirklich nicht unberechtigt ist, dass mit Inseraten eben auch Politik gemacht wird, was in unserem Fall auch der Fall ist.

Wir von der FPÖ werden die weitere Entwicklung dieses Gesetzentwurfes natürlich ganz genau beobachten. Es ist schade und gleichzeitig auch bezeichnend, dass die Stadt Wien auch hier wieder nur betont und nicht von sich aus für mehr Transparenz und für mehr Durchsichtigkeit in diesem Bereich sorgt.

Ich möchte mit einem Zitat des Herrn Bundeskanzlers Faymann schließen, veröffentlicht in einem Presseedienst vom 31. März 2011, abrufbar auf der Homepage des Bundeskanzleramtes, wo er zitiert wird: „Wer wie wir nichts zu verheimlichen hat, ist ein Freund der Transparenz.“ – So der Kanzler.

Meine Damen und Herren! Dazu ergibt sich folgender Umkehrschluss: Wer so wie die Stadt Wien kein Freund der Transparenz ist, hat offenbar sehr viel zu verheimlichen! – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Für die weiteren Wortmeldungen darf ich in Erinnerung rufen, dass die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist und jeder Abgeordnete oder jede Abgeordnete sich nur ein Mal melden darf. Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Marek gemeldet. Ich bitte um ihre Wortmeldung.

Abg Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Her-

ren! Herr Stadtrat!

Ich würde sagen, das Thema, das wir heute diskutieren, ist sicherlich nicht das wichtigste auf der Reformagenda, aber es ist ein demokratiepolitisch und politisch sicherlich sehr wichtiges. Fakt ist gerade in Wien, dass die öffentliche Hand Unsummen für Inserate für Medienkooperationen ausgibt. Wien ist hier – ich habe es gesagt – ganz vorne, was die Summen betrifft, die ausgegeben werden. Inserate sind sicherlich wichtig. Ich denke, Informationsarbeit – und das sieht man immer wieder – ist wichtig.

Informationsarbeit ist insgesamt ein wesentliches Thema, aber dort, wo es um Auswüchse geht, wo es einfach darum geht, dass sehr hohe Summen ausgegeben werden, wo besonders einzelne Medien sehr stark bevorzugt werden, muss man das medienpolitisch und demokratiepolitisch hinterfragen.

Etwas, was mir wichtig ist, ist, dass gerade die Öffentlichkeit und die Vertreter im Gemeinderat einen Anspruch und ein Recht auf Transparenz haben. Das ist ja etwas, was gerade von der Opposition seit vielen Jahren immer wieder auch gefordert wird, dass das auf die Tagesordnung gebracht wird: die Frage der Transparenz. Es wird gefordert: Bitte, liebe Stadtregierung, sag uns, welches Inseratenaufkommen in welchen Medien besteht, wo mit Medienkooperationen gearbeitet wird und in welchem Ausmaß es besteht, und zwar bezüglich der Gesamtausgaben und der Ausgaben nach Medien gegliedert.

Mein Vorredner hat es gesagt: Es wird nichts darauf geantwortet, mit dem Hinweis, man kann es nicht sagen, es gibt keine Antwort, es ist nicht leicht aushebbar, der Verwaltungsaufwand ist nicht zumutbar und vieles mehr. Das ist die Standardantwort, die wir immer wieder bekommen, nicht nur zu diesem Thema, zu vielen anderen Themen auch. Es ist übrigens eine interessante Antwort, gerade in Zeiten von SAP.

Was besonders interessant ist, meine Damen und Herren: Gerade von Seiten der GRÜNEN wurden ja in den letzten Jahren teilweise mit zum Teil vielen Hundert Detailfragen immer wieder auch solche Anfragen an die Wiener Stadtregierung gerichtet. Jetzt gibt es mittlerweile auch eine Anfrage an die Stadträtin und Vizebürgermeisterin Vassilakou. Das war eine Anfrage von Seiten der FPÖ. Die Antwort ist mittlerweile in genau diesem Stil gehalten. In diesem Stil haben nun mittlerweile auch die GRÜNEN diese Antwortverweigerung gerichtet.

Der PID – meine Damen und Herren, Sie wissen das alle – hat ein Budget in Höhe von 47,4 Millionen EUR. Ja, klar, da sind nicht nur die klassischen Inserate drinnen, da sind auch andere Broschüren und vieles andere drinnen, auch Medienkooperationen natürlich. Aber auch in den anderen Ressorts verstecken sich Inserate, versteckt sich Öffentlichkeitsarbeit in den unterschiedlichen Ansätzen, aber auch im zweistelligen Millionenbereich.

Wir wissen es nicht, wie hoch die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt ist. Wir bekommen die Antworten nicht. Ich würde sagen, das bewegt sich locker im zweistelligen Millionenbereich, aber, wie gesagt, die Antworten gibt es nicht, weil es verwaltungstechnisch leider viel zu auf-

wändig ist. Diese Antworten gibt es nicht.

Im Bereich der Medien, der Inserate und sonstiger Medienförderungen – auch das hat mein Vorredner gesagt – gibt es einen brauchbaren Gesetzentwurf auf Bundesebene. Nach diesem Gesetzentwurf soll es eben für Unternehmen der öffentlichen Kontrolle, für Bundesministerien, für die Länder, für größere Gemeinden eine Offenlegung für Inserate, für Medienschalungen und -förderungen geben. Das ist ein brauchbarer Entwurf, meine Damen und Herren! Inserate, Druckkostenzuschüsse und sonstige Medienkooperationen sind meldepflichtig. Bekannt zu geben sind der Auftraggeber und die Betragshöhe, aber auch Förderungen an die Medien. Publiziert werden sollen die Daten jeweils am 15. April und am 15. Oktober.

Das ist ein brauchbarer Entwurf, auch wenn noch verhandelt werden muss, auch wenn noch entsprechend weitergeredet werden muss. Diesbezüglich sind der Bund und die Bundesländer beide in der Ziehung, aber ich hoffe, dass wir bis zum Sommer zu einer Einigung kommen. Besonders Wien ist aufgefordert, sich zu bewegen, denn die Länder müssen zustimmen. Ich hoffe sehr, dass sich die Länder da bewegen, denn der zuständige Staatssekretär Ostermayer hat von Wien gelernt, denn im Entwurf heißt es, dass alle Länder gleichzeitig einmelden müssen und erst dann veröffentlicht wird.

Ich hoffe, dass wirklich noch einiges geschieht, dass dieser Entwurf Realität wird, denn dann haben wir einen wesentlichen Schritt getan. Es gibt einiges, was sich noch ändern muss. Das wäre ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Dann haben wir einiges an Verbesserungen erreicht. In Wien gibt es ja wirklich einiges zu verbessern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Hebein zu Wort gemeldet. Ich bitte darum.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Abgeordnete!

Transparenz ist wichtig, und mein Ziel ist ganz klar, dass die Menschen in Wien nachvollziehen können, wer welches Inserat wann wie oft schaltet. Es war immer ein grünes Anliegen, für Transparenz zu sorgen, und es ist auch nach wie vor ein grünes Anliegen, hier für Transparenz zu sorgen. Das betrifft jetzt nicht nur die Stadt Wien, sondern auch die Betriebe.

Ich halte es aber im Gegensatz zu meinen VorrednerInnen für extrem wichtig, dass wir nicht nur die Inseratkosten transparent machen, sondern auch Kriterien transparent machen, welche Inserate denn wie veröffentlicht werden sollen, dass es nachvollziehbar ist, nach welchen Kriterien wir hier handeln und hier Verantwortung übernehmen, damit wir auch längerfristig dafür sorgen, dass hier Klarheit geschaffen wird.

Ich betone auch, dass der Schrieb vom Amt der Wiener Landesregierung, die Stellungnahme zum Entwurf des Bundesverfassungsgesetzes zu Transparenz von Medienkooperationen, keine grüne Position ist. Ich kann auch die Begründungen hier nicht nachvollziehen.

Das heißt ganz klar, unser Ziel ist es, für Transparenz zu sorgen. Das geht weit über die Inseratkosten

hinaus. Wir halten es für außerordentlich wichtig, auch Kriterien nachvollziehbar zu entwickeln, weiterzuentwickeln und das den Menschen zu kommunizieren. Da stimme ich meinen Vorrednern zu: Transparenz ist ein wichtiger Schritt in der Demokratie. – Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Niedermühlbichler. Ich ersuche darum.

Abg Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollegin Marek hat es ja schon gesagt: Ein Thema, das uns immer wieder befasst, sind Werbeaufträge und Information in der Öffentlichkeit. Die Vorwürfe, die seitens der Opposition immer wieder kommen, sind auch nicht neu, weil sie immer wieder dieselben sind.

Werbeaufträge und Information in der Öffentlichkeit sind wichtig, denn es ist ganz wichtig, dass man die Wienerinnen und Wiener über das Geschehen in der Stadt informiert. Dass die Stadt Wien das sehr gut macht, sieht man auch an den diversen Werbekampagnen.

Herr Kowarik hat das VORmagazin angeführt. Er selbst liest es. Es ist ein sehr erfolgreiches Magazin, das in den U-Bahnen hängt und das sehr viel gelesen wird. Die Stadt Wien legt sehr viel Wert darauf, dort zu inserieren, wo es auch gelesen wird, in erfolgreichen Medien zu inserieren, wo man auch die Wienerinnen und Wiener erreicht. Daher macht es auch Sinn, in einem so erfolgreichen Magazin zu inserieren.

Die Stadt Wien macht eben im Sinne einer themenbezogenen Projektabwicklung keinen Vorschlag im Budget für Printmedien, sondern vielmehr wird aus Planungs- und Erfahrungswerten ein Budgetvoranschlag erstellt und auch hier im Gemeinderat beschlossen und zur Beschlussfassung vorgelegt. Viel transparenter kann man nicht sein. Aber es ist natürlich immer dasselbe Spiel ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Es ist natürlich immer dasselbe Spiel, dass die Opposition hinter allem etwas vermutet und das, was die Regierungsparteien machen, angreift. Ihre Form von Transparenz bei der FPÖ ist wahrscheinlich, dass Sie entscheiden, wohin inseriert wird und was gemacht wird. Wohin das führt, hat man ja in Kärnten gesehen. Was Kärnten mit den Geldern aufgeführt hat, wissen wir ja! Dort haben Sie die Verantwortung gehabt und haben Sie noch, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen. Schauen Sie einmal in den eigenen Bundesländern, was dort passiert und was dort abläuft! *(Zwischenruf von Abg Mag Johann Gudenus, MA/5.)* Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür! Und dann kümmern Sie sich um das, was hier geschieht!

Ich kann Ihnen versichern, dass die Informationen und Werbeaktionen in Wien sehr positiv laufen. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Ja, für die SPÖ!)* Die letzte Sauberheitskampagne „Saubere Stadt“ der MA 48 ist ein Anliegen von uns allen. Sie war sehr erfolgreich, eine Informationskampagne, die Aufmerksamkeit erregt hat. Das ist ja auch Sinn einer Informations- und Werbekampagne.

Ich stehe nicht an, auch der FPÖ und der Opposition zu danken, die mit ihren Aussagen, mit ihren Presseaus-sendungen noch dazu beigetragen haben, dass dieses Thema noch verstärkt dargestellt wurde und dass zusätz-lich zu den Inseratenschaltungen sehr viel darüber berichtet wurde, was die Aufmerksamkeit dieser wichti-gen Kampagne natürlich verstärkt hat. Herzlichen Dank dafür! Wir würden uns das auch bei anderen Kampagnen wünschen, dass Sie die Kampagne verstärken, weil damit die eingesetzten Werbegelder natürlich noch bes-ser angelegt sind. Danke dafür! Ich stehe nicht an, das zu sagen.

Was das von Ihnen angesprochene Gesetz betrifft, möchte ich schon festhalten, dass es hier eine Stellung-nahme gegeben hat. Ich halte es schon für richtig und wichtig, dass man Unternehmungen der Stadt Wien nicht schlechter oder anders behandelt als private Unterneh-men, noch dazu, weil die Unternehmen privatwirtschaft-lich geführt werden. Es kann ja nicht sein, dass Unter-nehmen, die der öffentlichen Hand oder der Stadt nahe-stehen, Nachteile aus diesem Grund haben und man dann sagt, wenn etwas nicht umgesetzt werden kann: Die öffentliche Hand kann nicht wirtschaften.

Es muss hier die gleichen Voraussetzungen geben. Nichts anderes hat es bei dieser Stellungnahme gege-ben. Für mich war das eine sehr vernünftige und gute Stellungnahme, die hier abgegeben wurde, und auch eine nachvollziehbare Stellungnahme.

Zum Schluss möchte ich noch festhalten, dass wir mit den Geldern, die wir für Öffentlichkeitsarbeit und Information ausgeben, sehr sorgfältig umgehen und dass wir auch über die Bezirke Informationskampagnen fah-ren. (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Das heißt, auch die Bezirke bekommen natürlich aus dem PID-Budget Geld, um Bürger zu informieren. Wir werden ja die Bürgerinformation und die Bürgereinbin-dung in den nächsten Jahren ausbauen. Hier ist es natürlich wichtig, dass die Wienerinnen und Wiener infor-miert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wiene-rinnen und Wiener haben das Recht auf Information, und wir haben die Pflicht, diese zu liefern. Das tun wir auch weiterhin, ob es der Opposition passt oder nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Tschirf. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundes-hauptstadt Wien*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte einmal kurz das Thema zusammenfassen: Es geht letztlich darum, ob sich die Regierungsparteien Werbemittel für ihre parteipolitische Propaganda sparen können oder nicht. Und um nichts anderes geht es, mei-ne sehr geehrten Damen und Herren! Wenn mein Vor-redner jetzt darüber gesprochen hat, dass Unternehmen der Stadt Wien genauso behandelt werden müssten wie Private, bin ich völlig bei ihm, weil ich glaube, dass die auf dem Markt auch unterwegs sein sollten.

Mich wundert nur Folgendes: Ich habe heute eine auflagenstarke Tageszeitung hergenommen. Es ist ganz

klar, dass es vernünftig ist, dort zu inserieren. Da inse-riert ein Unternehmen, die Wiener Stadtwerke. Wir wis-sen, die Wiener Stadtwerke sind eine Aktiengesellschaft. Hundertprozentiger Eigentümer dieser Aktiengesellschaft ist die Stadt Wien. In diesem Inserat ist einiges zum Thema enthalten: Energie jederzeit verfügbar. Okay, vielleicht ist da die eine oder andere Information, die für die Bürgerinnen und Bürger interessant ist.

Was ich aber nicht verstehe, ist, warum da auch ein Foto mit der Frau VBgmin Brauner drinnen ist. Da steht: „Vizebürgermeisterin Renate Brauner bei Lehrlingen der Fernwärme.“ – Alles löblich. Dann steht weiter: „die für die Stadtwerke zuständige Stadträtin.“ (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Das ist in der Privatwirtschaft so üblich!*)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein privates Unter-nehmen das macht, weil eigentlich nicht klar ist, welcher Nutzen für das Unternehmen Wiener Stadtwerke damit verbunden ist. Welcher Nutzen ist für die Kunden der Wiener Stadtwerke damit verbunden? Was es ist, ist offensichtlich eine Möglichkeit, Werbung beispielsweise für die Frau VBgmin Brauner, ohne dass die SPÖ etwas zahlen muss, in einer Zeitung sicherzustellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass der Betrag von 47,4 Millionen EUR für das PID-Budget nur ein Teil dessen ist, was die Stadt wirklich ausgibt. In Wirklichkeit ist es mehr. Das ist eines von vielen Beispielen, die wir hier nicht feststellen können. Wenn das eine Information der Stadtwerke ist – da gibt es einen Ausschuss –, dann müsste man eigentlich im Ausschuss darüber diskutieren. Das geschieht alles nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eben eine Möglichkeit, dass zusätzliches Geld eingespart wird, ohne dass die Inserate für die SPÖ und mitt-lerweile auch für die GRÜNEN nicht geschaltet werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mir vorstellen, wie sich die GRÜNEN jetzt fühlen. Ich bin gespannt, was Kollege Ellensohn sagt. Ich kann mir vorstellen, was beispielsweise Kollege Margulies, der wirklich immer mit großer Verve hier herausgegangen ist und das vertreten hat, innerlich fühlen muss. Er muss leiden wie ein Hund. Ich kann mir vorstellen, wie es ihm geht.

Jedenfalls würde mich eines interessieren: Wenn wir heute von meiner grünen Vorrednerin gehört haben, zwar nicht mehr, dass alles transparent sein muss, aber zumindest, dass Kriterien für Inserate geschaffen werden sollten, dann gehe ich davon aus, dass rasch ein solcher Entwurf hier vorgelegt werden wird – genaue Kriterien, nach welchen Inserate vorgestellt werden – und dass man zum Beispiel im Stadtwerkeausschuss auch disku-tiert: Aha, nach diesen Kriterien gehen wir vor, und nach diesen Kriterien vergeben wir Inserate.

Irgendwie passt das genau auch in das andere The-ma hinein, mit dem wir uns seit über einem halben Jahr beschäftigen: Die GRÜNEN waren, seit sie in diesem Haus waren, immer für eine Reform des Wahlrechtes, für ein proportionales Wahlrecht, und jetzt geht einfach nichts weiter. Ich verstehe die SPÖ, ich täte an Stelle der

SPÖ auch nichts machen. Das Wahlrecht ist ja bequem, mit 47 Prozent kann man noch die absolute Mehrheit bekommen. Warum sollte sie etwas ändern? Aber warum die GRÜNEN so schmähd sind, und warum man von den GRÜNEN dazu nichts hört, verstehe ich überhaupt nicht.

Oder ist das vielleicht auch ein Teil dessen: Da können wir ein bisschen in den Inseraten vorkommen, dafür sind wir ein bisschen ruhiger! Ist das der Deal, um den es hier geht?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fragen sind viel zu ernst, als dass man sie hier unter den Tisch kehren sollte! Wir brauchen die Transparenz. Orientieren wir uns auch an dem, was der Bund macht! Orientieren wir uns auch an anderen Städten, in denen die SPÖ das Sagen hat, beispielsweise an Linz oder Salzburg! Das wäre ein Auftrag auch an dieses Haus. Gehen wir es sofort an! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Ellensohn zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist alles gar nicht so kompliziert, wie es da gerne dargestellt wird. Die GRÜNEN sind für – unveränderte Position – Offenlegung von öffentlichen Geldern – das trifft selbstverständlich Inserate –, im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei, die da vorhin in Person von Herrn Tschirf etwas anderes gefordert hat und auf Bundesebene etwas ganz anderes macht.

Wir wollen, dass jedes Inserat von der Bundesregierung, von den Landesregierungen und von den Parteien offengelegt wird, weil es auch öffentliches Geld ist. Da sind wir aber schon ziemlich allein. Da höre ich von der FPÖ und von der ÖVP auch nichts.

Ich bin auch der Meinung, dass inseratenfinanzierte Wahlwerbung von Parteien, wie sie die Volkspartei haufenweise hat, auch offengelegt gehört. Wir sollten wissen, welche Lobbyisten hinter welchem Gesetz stehen. Wer hinter dieser Novomatic-Position der FPÖ steht, das kann man sich ausrechnen. Sie waren einmal dagegen, dann sind Inserate in den Zeitungen geflossen, und dann waren sie für das Kleine Glücksspiel. Die Österreichische Volkspartei war immer für die Novomatic. Jetzt muss ich schauen, was mit den Inseraten passiert ist, denn neuerdings ist man nicht mehr für die Novomatic, sondern für die Casinos Austria. Also schaue ich mir das genau an. Deswegen muss man es offenlegen, weil wir wissen müssen, ob der Verdacht ... *(Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.)*

Ich habe nicht gesagt, Sie sind eingekauft worden, sondern ich habe nur Fakten dargestellt: vorher dagegen, dann Geld geflossen, dann dafür. Den Zusammenhang, den Reim darauf müssen Sie sich selber machen! Ich sage nicht, Sie sind gekauft worden. Ich stelle nur die Fakten dar. Das ist so wichtig! Nicht nur der Herr Kowarik, FPÖ, steht da und sagt, mit Inseraten wird Politik gemacht! – Ja, das glaube ich auch, und zwar quer durch die Parteien, durch die Positionen der Parteien. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Die GRÜNEN treten dafür ein, dass öffentliches Geld, Geld der öffentlichen Hand ... – das ist ja das Geld von allen! –, dass die Leute das wissen dürfen! Es ist überhaupt kein Geheimnis, wo das Geld der GRÜNEN herkommt. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Das ist ein Wahnsinn, jetzt werden Sie unruhig! Wo das Geld herkommt, um Wahlkämpfe von der FPÖ zu finanzieren, würde ich gerne wissen! *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben alle Grundsätze verraten, um auch mitnaschen zu dürfen!)* Warum darf man das nicht wissen? Na, irgendetwas gibt es zu verbergen. Wer hat das vorher gesagt? – Der Herr Kowarik: Offensichtlich gibt es etwas zu verbergen! Wer bezahlt denn Ihre Wahlkämpfe?

Wie viel öffentliches Geld Sie bekommen, das wissen wir, denn das können wir von den Wahlergebnissen ausrechnen. Das, was Sie ausgeben, ist ein Vielfaches. Jetzt nehme ich einmal an, dass das Geld nicht bei den MindestsicherungsbezieherInnen zusammengesammelt wird, denn diese können Ihre Wahlkämpfe nicht finanzieren, sondern Sie lassen sich natürlich von sehr reichen Leuten Ihre Wahlkämpfe bezahlen. Ja, anders geht es nicht! Dann zeigt es uns in Gottes Namen! Dann zeigt es uns einfach! Transparenz ist keine Einbahnstraße! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Das ist wunderbar: Jeder zeigt immer auf den Nächsten! Die ÖVP kommt immer daher und liest etwas vor, wovon ich denke: Ja, passt alles! Die Bundesregierung soll das machen, die Niederösterreicher sollen das machen, die sollen das überall machen! Jedes Mal, wenn der Kollege Tschirf dasteht, wird von der ÖVP immer rundum gezeigt.

Ich mache es ganz einfach. Dieter Brosz sagt im Bund: Offenlegung aller Inserate! Die GRÜNEN hier sagen: Offenlegung aller Inserate! Die GRÜNEN vom Bodensee bis zum Neusiedler See haben eine Position. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Die ÖVP: jedes Mal ... *(Zwischenruf von Abg Dr Matthias Tschirf.)* Das muss man am Schluss dazurechnen! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wo bleibt die Anfragebeantwortung?)* Auch das völlig unaufgeregt! *(Weitere lebhaftere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Ich darf ersuchen, den Redner nicht zu heftig zu unterbrechen!

Abg David **Ellensohn** *(fortsetzend)*: Auch das völlig unaufgeregt! *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Was reden Sie eigentlich noch?)* Niemand behauptet, dass wir innerhalb von sechs Monaten das Geschäft zur Gänze gelernt haben. Das behauptet überhaupt niemand. Es ist schwierig für die GRÜNEN zu regieren. Das ist neu, das ist ein Haufen Arbeit. Ja, wir werden dazulernen. Das Amt der Wiener Landesregierung hat etwas publiziert. Das passt uns nicht, das ist nicht unsere Position. Wir werden dafür sorgen, dass wir in Zukunft, wenn solche Positionen publiziert werden, dabei sind. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, sorgen Sie dafür!)*

Das ist überhaupt kein Problem. Die Antwort, die gekommen ist, ist nicht diejenige, die ich teile. Ich glaube auch nicht, dass sie noch einmal so ausschauen wird.

Wir werden vorangehen.

Nur, der Unterschied wird sein, dass wir das in unserem Bereich tun, und Sie überall dort, wo Sie zuständig sind, das nicht tun. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Sie nehmen das Geld ein, Sie sagen uns nicht, wo es herkommt. Wer zahlt Ihr ganzes Geld? Wer zahlt Ihr ganzes Geld? Oscar Bronner hat gesagt: So erkaufte man sich politikfreundliche Berichterstattung, und das Ganze ist eine Boulevardmedienförderung! Das wollen wir nicht. Eugen Russ von den „Vorarlberger Nachrichten“ sagt dasselbe, und jeder elfte Österreicher sagt bei Transparency International: Ich habe schon einmal Schmiergeld gezahlt! – jeder elfte! Schlimm! Das ist ein Zustand, den wir nicht wollen.

Nur, ich sage es Ihnen ganz ehrlich: *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Die Freiheitliche Partei sitzt mitten in dem Sumpf, eine Partei, die sich weigert offenzulegen, wo die eigenen Einnahmen herkommen! Zahlt der Prinzhorn etwas, ja oder nein? *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Ich will es ja nur wissen. Wer bezahlt Ihre Wahlkämpfe? Niemand? Der Osterhase und der Weihnachtsmann finanzieren die Wahlkämpfe der Freiheitlichen – dann wissen wir das auch!

Eine Partei, die wie die ÖVP von Lobbyisten durchgezogen ist ... *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg Christine Marek: So ein Blödsinn!)* Bei Ihnen weiß man ja wenigstens, wie man ein Gesetz kauft. Herr Strasser hat es uns vorgezeigt, er ist ja nicht der Einzige! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei und die Freiheitlichen haben in diesem Punkt null Berechtigung, dazustehen und wie Moralaposteln zu agieren. Messen Sie ... *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich wäre auch nervös an Ihrer Stelle! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Wir werden Gesetze in dem Land schaffen – und die werden wir eines Tages haben -, die bedeuten werden, dass Sie offenlegen müssen, woher Ihr Geld kommt. Das ist nämlich internationaler Standard.

Und wir werden auch schauen, wo Sie Ihre ganzen Spesen ausgeben und was Sie alles machen. Sie können ja nicht nur nach Köln fahren und irgendwelche Bootstouren machen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Redezeit!)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Herr Abg Ellensohn, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen!

Abg David **Ellensohn** *(fortsetzend)*: Ich komme schon zum Schlusssatz. Es war ein bisschen länger. Wir können ja hier nicht zulassen, dass die Krawallmacher der FPÖ und der ÖVP die Zeit eines Abgeordneten so eindämmen, dass man quasi keine fünf Minuten hat ... *(Lebhafte Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Herr Abg Ellensohn, ich darf Sie bitten!

Abg David **Ellensohn** *(fortsetzend)*: ... sonst würden Sie ja jedes Mal schreien. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Aber für heute lassen wir es genug sein. Sie sind völlig unglauwbüdig. Schauen Sie, was die GRÜNEN tun! – Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Es wurde ein Ord-

nungsruf für den Ausdruck Lobbyisten verlangt. Ich sehe darin keine ... *(Abg Christine Marek: Nein, nein! Er hat gesagt: Von Lobbyisten durchgezogen!)* Lobbyist ist grundsätzlich ein ehrenwerter Beruf, und das kann man nicht absprechen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg Christine Marek: Ich verlange eine Sitzungsunterbrechung!)*

Die Wortmeldung dürfte sehr tiefgreifend gewesen sein. Es wird eine Sitzungsunterbrechung verlangt. Das mache ich sehr gerne. Ich unterbreche damit die Sitzung.

(Die Sitzung wird von 10.31 bis 10.36 Uhr unterbrochen.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Ich nehme Sitzung wieder auf. Wir haben vereinbart, dass ich das Protokoll lesen und dann entsprechend entscheiden werde.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Zweiter Präsident Herzog. Ich erteile es ihm und ersuche, die Gespräche wieder in einer Lautstärke zu führen, sodass der Redner auch hier heroben hörbar ist.

Abg Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Was die Lobbyisten betrifft, bin ich der Meinung – es ist ein Beruf, da hat der Präsident schon recht! –, sie müssten auch eingetragen und als solche erkennbar sein. Das wäre wohl eine Lösung.

Zu der Wortmeldung der GRÜNEN möchte ich sagen: Das ist eine echte Doppelstrategie heute gewesen. Auf der einen Seite Frau Kollegin Hebein, die feststellt, dass Transparenz erwünscht ist und Kriterien für die Veröffentlichung festgelegt werden sollen, die also feststellt, dass die GRÜNEN mit dem bundesgesetzlichen Beschluss und den bundesgesetzlichen Erklärungen der Stadt Wien nicht übereinstimmen. Es wird sich die Frage stellen, welche Wirkungen eine solche Feststellung hat, auch bei den GRÜNEN, und ob man hier zu gemeinsamen Beschlüssen in irgendeiner Form kommen wird.

Auf der anderen Seite steht Kollege Ellensohn, der hergeht und versucht, schlicht und einfach das Thema der heutigen Sitzung von der Gemeinde Wien weg und damit von seinem Koalitionspartner wegzubekommen, indem er einfach wie in üblicher Form die anderen Parteien anschüttet und versucht, die Pfeile in andere Richtungen zu lenken. Das ist natürlich auch eine Methode, was aber bereits bedeuten würde und vermuten lässt, dass die GRÜNEN nicht ernsthaft daran denken, die Dinge, die in Wien erledigt werden sollen, auch wirklich einer Erledigung zuzuführen. Das Ganze ist also höchst wahrscheinlich ein Ablenkungsmanöver, und ich fürchte, dass hier eine entsprechende Linie der GRÜNEN vorliegt.

Was die Transparenz in Sachen Parteienfinanzierung betrifft, Herr Kollege, sind wir gerne bereit – Ihre Unterstellungen kann ich ja klar zurückweisen –, unsere Parteifinanzierungen auch in Wien darzustellen und gemeinsam Richtlinien zu erklären und zu zeigen.

Es muss aber natürlich nicht nur um die Mittel gehen, die im Rahmen der Parteifinanzierung als solcher fließen, sondern es muss natürlich das, was andere Parteien betrifft, nämlich die Firmengeflechte, ausgegliederte

Bereiche, also Bereiche, wo wahrscheinlich das meiste Geld hineinfließt, auf alle Fälle miteinbezogen werden, sonst ist das nicht ernst zu nehmen.

Des Weiteren: Kollege Niedermühlbichler hat wieder einmal festgestellt, dass die Stellungnahme der Stadt Wien eine vernünftige wäre. Er hat den sorgfältigen Umgang mit den Mitteln angekündigt. Ich würde eher sagen, es dürfte sich um einen zielgerichteten Umgang mit den Mitteln handeln, aber nicht um einen sorgfältigen.

Was die Informationspflicht betrifft, die angebliche, da muss ich sagen: Was hat Informationspflicht auf der einen Seite mit Transparenz zu tun? Außerdem möchte ich sagen: Mit dieser Feststellung erhebt die SPÖ-Wien gegenüber der Bundesregierung und dem Bundeskanzler den Vorwurf, dass die Bundesregierung selbst die Informationspflicht vernachlässigt, weil sie sich ja sehr wohl diesen Transparenzregeln unterwirft, wie auch das Land Salzburg und auch Gemeinden und viele andere weitere.

Weiters möchte ich die Anmerkung von Dr Tschirf wieder bringen: Das wäre etwas für die GRÜNEN, wo sie sich ganz deutlich wieder neu bezüglich Wahlrechtsreform ins Spiel bringen könnten. Wir haben vereinbart, dass für Mai ein weiterer Termin festgelegt wird. Er hat bis jetzt nicht stattgefunden. Ich hoffe und wir hoffen alle, dass das noch im Juni stattfinden wird, um so ein wichtiges Thema für Wien auf den Weg zu bringen.

Ansonst ist festzustellen, dass hier die Ausgaben der Stadt Wien für Werbung unglaubliche Höhen erreicht haben. Wir schätzen ja, dass in etwa 80 Millionen EUR pro Jahr auf allen Wegen, nicht so sehr durch die Stadt Wien, aber eher durch die ausgegliederten Bereiche und sonst woher, hereinkommen und dass das hier, wie man hört, ordnungsgemäß verwendet wird.

Weiters möchten wir feststellen: Die GRÜNEN haben in unglaublichen Wortmeldungen noch im September 2010 klar festgelegt, was sie alles erwarten, dass hier der Missbrauch von öffentlichen Geldern, wie das Kollege Margulies festgestellt hat, der Missbrauch von zig Millionen auf alle Fälle ein Ende findet.

Einen interessanten Hinweis hat er auch gegeben. Ich könnte mir vorstellen, dass das etwas wäre, das die Oppositionsparteien mit den GRÜNEN gemeinsam vornehmen könnten. Er hat nämlich in einer Aktuellen Stunde am 17. September 2010 vorgeschlagen, dass eine Rückzahlungsaufforderung seitens der GRÜNEN gestellt wurde. Er, Herr Margulies, kann sich vorstellen, dass beispielsweise 25 Millionen EUR – noch vor dem 10. Oktober hätte er das gewollt – an die Stadt zurückgezahlt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Sozialisten und von den GRÜNEN! Wir stimmen einem solchen Vorstoß gerne zu, wenn die Sozialisten bereit sind, hier eine Änderung zu machen und den Missbrauch von Fördergeldern nicht nur einstellen, sondern auch für eine Schadensgutmachung gegenüber der Gebietskörperschaft in die Wege leiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zur Wort gemeldet ist Frau Abg Novak. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Da ich auch schon ein klein wenig die Ehre habe, ein paar Jahre hier im Haus zu sein, muss ich sagen, diese Diskussion kehrt immer wieder. Ich weiß gar nicht, die wievielte es zum haargenau selben Thema ist. Das heißt, es lässt ein klein wenig die Aktualität für die Aktuelle Stunde vermissen – so würde ich einmal sagen. Irgendwie drehen wir uns hier eigentlich im Kreis.

Transparenz ist etwas Gutes, und Transparenz ist etwas, das auch die Sozialdemokratie fördert und unterstützt und in vielen Bereichen innerhalb der Stadt Wien auch dementsprechend einfordert und umsetzt. Ich erinnere an die erst ganz jüngste Initiative zum Thema Open Data, Open Government Data. Sie sehen, die Stadt ist in dem Bereich von einem sehr transparenten, offenen Geist getragen.

Worum geht es eigentlich? – Es geht darum, dass wir darüber sprechen, dass in Werbekampagnen, in Medienkampagnen, die die Stadt Wien in den unterschiedlichsten Bereichen durchführt – in Klammer: im Übrigen immer im Auftrag des Gemeinderates mit dem dazugehörigen Beschluss –, unterschiedliche Methoden angewendet werden: Je nachdem, welche Zielgruppe sich aus einer PR-Strategie oder einer Werbestrategie ergibt, werden die dazugehörigen Mittel eingesetzt. Das kann von Plakatkampagnen über Inserate zu Social Media Strategien und Social Media Auftritten über Interneteinsatz, Homepage-Einsatz und so weiter bis hin zu Aktivismus und ähnlichen Methoden gehen.

Das heißt, die Kriterien sind nachvollziehbar. Die Kriterien sind nämlich PR- und werbestrategische Kriterien, die in jedem Handbuch beziehungsweise Kurs nachgelernt werden können und wovon ich nicht glaube, dass es notwendig ist, hier eine dementsprechende Einschulung zu geben. – Klammer: Im Übrigen ist auch diese jeweils dem jeweiligen Antrag an den Gemeinderat zu entnehmende Kampagne inhaltlich aufgeführt.

Das heißt, die Transparenz – öffentliche Sitzung! – ist insofern gegeben, als das alles hier beschlossen wird. Wenn Sie jemanden brauchen, der Ihnen dann eins zu eins in einer Kolonne aufschreibt, welche Kampagnen hier beschlossen worden sind, dann tut es mir leid, dann müssen Sie Ihr Büro ein bisschen besser aufstocken. Das ist sicher nicht Aufgabe der Stadt Wien.

Zu den Unternehmungen und dazugehörigen Offenlegungen: Ich glaube, darauf haben wir uns geeinigt, dass die Unternehmen ja einem Wettbewerb ausgesetzt sind, dementsprechend ja auch vor vielen Jahren eine neue Struktur bekommen haben, damit sie in diesem Markt auch bestehen können. Das war ja auch immer Wunsch vor allem von Seiten der ÖVP, stärker in diesen Wettbewerb einzutreten. Das tun diese Unternehmen.

Was natürlich daraus folgt, ist, dass bestimmte Dinge dann nicht mehr in dem Sinn offenzulegen sind. Das ist nachvollziehbar. Eine Vertriebsstrategie mit der dazugehörigen Marketing- und Werbestrategie offenzulegen, während man in einem Wettbewerb steht, ist ja derma-

ßen schädlich ... (*Zwischenruf von StR Mag Wolfgang Gerstl.*) Moment! Wovon reden wir jetzt? Es geht Ihnen nicht um die Methode, stelle ich fest, sondern es geht Ihnen um die Gestaltung. Das ist aber ein ganz anderes Thema. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Es geht darum, dass in der Werbe- oder Vertriebsstrategie ein Vertreter des Unternehmens beziehungsweise des Eigentümergegenstandes drauf ist und in der Gestaltung vorkommt. Das ist das Problem der ÖVP ausnahmsweise jetzt einmal, es ist nämlich nie ein Problem der ÖVP in Niederösterreich, wenn der Herr Pröll vom Milchpackerl lacht ... (*StR Mag Wolfgang Gerstl: Reden Sie von Wien!*)

Aha, ich verstehe, wir haben zwei Gesichter, je nachdem, wo wir uns gerade befinden. In Wien ist es ein Problem, in Niederösterreich ist es kein Problem. Gut, ich nehme an, auf Bundesebene bei den eigenen Ministern ist es auch kein Problem, bei den anderen Ministern ist es schon ein Problem. Danke, Herr Kollege, Sie haben sich diesmal und hiermit demaskiert. Jetzt wissen wir, wovon wir reden. – Danke schön und auf Wiedersehen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Die Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Vor Sitzungsbeginn sind von Landtagsabgeordneten des Klubs der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates gemeinsam mit Landtagsabgeordneten des Grünen Klubs im Rathaus zwei Anträge eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben, die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Die Abgen Dr Ulm, Mag Feldmann und Dipl-Ing Stiffler haben am 18. Mai 2011 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Hundeführschein, Haltung von Hunden eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Umwelt zugewiesen.

Die Abgen Mag Gudenus und Nepp haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Aufwertung der Familie durch Aufnahme in die Wiener Stadtverfassung eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal zu.

Die Postnummer 1 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 und das Gesetz über die Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanzwaltschaft geändert werden. Berichterstatterin hiezu ist Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. Ich bitte sie, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Hoher Landtag! Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Gesetzesvorlage.

Präsident Johann **Herzog**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Wagner.

Abg Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Präsident!

Frau Landesrätin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Wie schon eingangs erwähnt, handelt es sich heute bei unserer Vorlage um die Modernisierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes, das bekanntlich aus dem Jahr 1987 stammt.

Wir beschließen heute die notwendigen Anpassungen und Modernisierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Einige technische bundesverfassungsrechtliche Vorgaben beziehungsweise EU-Vorgaben werden mit dieser Novelle umgesetzt. Es gibt hier auch die Weisungsfreistellung.

Darüber hinaus geht es auch um die Umsetzung von Vorgaben, die sich durch das sogenannte Hartlauer-Urteil des Europäischen Gerichtshofes ergeben. Das Urteil hatte die Bedarfsprüfung für Zahnambulatorien als europarechtswidrig erkannt, da bei vergleichbarem Leistungsangebot zahnärztliche Gruppenpraxen ohne Bedarfsprüfung ihre Tätigkeit aufnehmen konnten.

Die bundesgesetzliche Vereinheitlichung hat dafür gesorgt, dass auch Gruppenpraxen einem Zulassungsregime unterworfen werden. Wir haben heute auch die Aufgabe, die Umsetzung auf Landesebene zu beschließen, damit sie erfolgen kann: die Definition von Krankenanstalten und Ordinationsstätten, die Definition von Leistungsspektrum und Versorgungsangebot bei der Bewilligung einer Krankenanstalt, die Neuregelung der Bedarfsprüfung unter Einbeziehung eines Gutachtens der Gesundheit Österreichs GmbH oder eines vergleichbaren Planungsinstitutes, das Erfordernis einer Haftpflichtversicherung für Krankenanstalten.

Warum, meine Damen und Herren, ist eine Bedarfsprüfung für die Versorgung der Wienerinnen und Wiener so wichtig? Der Markt, meine Damen und Herren, versagt bei der Ausgestaltung des Gesundheitswesens, deshalb brauchen wir eine demokratisch legitimierte Kontrolle der wesentlichen Anbieter. So wird auch gewährleistet, dass alle größeren Gesundheitsdienstleister ein solides Leistungsspektrum vorweisen müssen.

Auch der ambulante Bereich außerhalb der Spitäler der Stadt Wien muss damit seine Öffnungszeiten etwa am Abend oder am Wochenende den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten anpassen. Damit dabei kein berechtigtes Interesse zu kurz kommt, erhalten die betroffenen Sozialversicherungsträger, die Ärztekammer und die Wirtschaftskammer im Verfahren Parteienstellung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bringe ebenfalls bei dieser Gelegenheit einen All-Parteien-Abänderungsantrag ein, der Folgendes zum Inhalt hat: Es geht um die gesetzliche Umsetzung eines Aspektes des Wiener Spitalskonzeptes, das heuer in Rust im Frühjahr von unserer Frau Gesundheitsstadträtin Mag Sonja Wehsely präsentiert und beschlossen wurde.

Um eine bessere Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen zu ermöglichen, wird den Spitälern die Möglichkeit eingeräumt, dass künftig Häuser auch durch Einzelpersonen geführt werden können. Dabei geht es um mehr Gestaltungsmöglichkeiten und klarere Verantwortlichkeiten als Basis für ein selbstständigeres, rascheres und

wirtschaftlicheres Arbeiten. Ziel ist, meine Damen und Herren, die Beschleunigung, die Verbesserung und die Modernisierung von Entscheidungsstrukturen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, der vorliegenden Gesetzesvorlage und natürlich auch dem Abänderungsantrag zuzustimmen. Danke. Ich darf diesen Abänderungsantrag weiterleiten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Der Abänderungsantrag der Abgen Wagner, Deutsch, Klicka, Matzka-Dojder, Pilz, Korosec und Frigo liegt vor. Er ist genügend unterstützt und wird in die Verhandlung einbezogen.

Weite Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, dass es bei dieser wichtigen Modernisierung gelungen ist, dass wir Übereinstimmung gefunden haben. Ich finde es auch ausgesprochen positiv – wir hatten ja heute schon eine Debatte zum Geriatriekonzept –, dass wir auch im Spitalskonzept so auf Schiene sind, dass wir durch Diskussionen hier auch einstimmig die Dinge verbessern können. Dafür möchte ich mich in diesem Rahmen herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke der Frau Stadtrat für das Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Vorerst ist die Abstimmung über den Abänderungsantrag der Abgen Wagner, Deutsch, Klicka, Matzka-Dojder, Pilz, Korosec und Frigo vorzunehmen. Ich bitte jene, die zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage selbst. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist einstimmig so beschlossen. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche noch einen schönen Tag.

(Schluss um 10.55 Uhr)